

Vierteljährliche Mitteilungen

der
Internationalen Vereinigung der Lehrerverbände

Ausgabe vom April 1930 (9/10. Heft der französischen Ausgabe, 2. Heft der deutschen Ausgabe)

Die Schriftleitung der französischen Ausgabe ist in Paris. — Secrétariat général de la Fédération Internationale des associations d'Instituteurs. Die deutsche Ausgabe wird von der Leitung des Deutschen Lehrervereins herausgegeben. — Verantwortlich für den Inhalt ist der Geschäftsführer des Deutschen Lehrervereins, Leo Kappeler, Berlin 19 25, Potsdamer Straße 113 Haus 2.

Berichte über Versammlungen einzelner Vereine.

Deutschland: Deutscher Lehrerverein.

Die deutsche Lehrerversammlung in Dresden vom 21. bis 24. Mai 1929.

Der Deutsche Lehrerverein hält seine Hauptversammlung alle 2 Jahre in der Pfingstwoche ab. Für diese Massenversammlungen kommen nur ganz große Städte in Betracht; nach Hamburg (1925), Düsseldorf (1927) war diesmal Dresden an der Reihe, die schöne Hauptstadt des sächsischen Landes, wohlbekannt durch seine reizende Lage im amnütigen Elbetal wie durch seine Architektur der Barockzeit, stark beeinflusst durch französische und italienische Bauten. Mehr als 8000 Mitglieder des großen Vereins von 154 000 Mitgliedern, darunter 10 000 Lehrerinnen, waren dem Ruf der Leitung gefolgt, um alle Teilnehmer aus Nord und Süd Deutschlands, aus Österreich, aufzunehmen.

Die Versammlung dauerte drei Tage. Der erste Tag (21. Mai) war für die jährliche Vertreterversammlung bestimmt; es sind etwa 500 Vertreter, die als erwählte Körperschaft die gesetzgebende Versammlung des Vereins darstellen. Die Versammlung hörte den Jahresbericht, setzte den Haushalt fest, der in Einnahmen und Ausgaben mit 750 000 Mark im Gleichgewicht ist, und vollzog die Wahlen; Herr Wolff wurde einstimmig als erster Vorsitzender wiedergewählt. Einige Entschleunigungen zu Augenblicklich Schwedenden Schulfragen wurden angenommen.

Am 22. Mai wurde die Hauptversammlung in Anwesenheit von mehr als 5000 Teilnehmern eröffnet. Feierliche Ansprachen und eine Festrede von Herrn Erntz, dem Führer des sächsischen Lehrervereins, bildeten die Einleitung. Die Feier galt der Erinnerung an die erste Begründung des Deutschen Lehrervereins im Revolutionsjahr 1848 in Dresden. Die dort festgelegten Grundlinien sind die Leitgedanken des Vereins bis zur Gegenwart geblieben. Nach diesem feierlichen Eröffnungsgang ergriff der Vorsitzende Wolff das Wort, um die heute im Vordergrund des Kampfes stehenden Bestrebungen des Deutschen Lehrervereins um Freiheit und Fortschritt zu kennzeichnen. Er erinnerte namentlich an die harten Kämpfe des Jahres 1928 um das Reichsschulgesez; der Deutsche Lehrerverein hat mitgeholfen, um die Erhebung der Schulen durch die Kirchen unter dem Vorwand demokratischer Methoden zu verhindern.

Grüße wurden dargebracht vom Reichsministerium des Innern, vom sächsischen Unterrichtsminister und von der Dresdener Stadtverwaltung. Besonders bejubelt wurde Professor Dr. Geertz von der Technischen Hochschule in Dresden, der als Wegbereiter der neuen Art der sächsischen Lehrerbildung gilt; diese Form der Lehrerbildung hat musterhaften Wert für ganz Deutschland.

Nach diesen einleitenden Rundgedängen ging man zur Behandlung der ersten Verbandsaufgabe über:

Wirtschaft und Volksschule.

Der Vortragende, Herr Tittel aus Dortmund, der Vorsitzende des Sächsischen Lehrervereins, zeigte die Ge-

samtlage der Schule im mechanisierten Zeitalter. Die Schule hat es mit einem neuen Typ des Menschen zu tun, und es tut sich eine Fülle von Problemen organisatorischer und psychologischer Art auf. Nach einer lebhaften längeren Aussprache wurde folgender Beschlus gefasst:

„Der Staat als gesellischer Ausdruck der Volksgemeinschaft muß Führung und letzte Entscheidungsgewalt in der Erziehung des Nachwuchses auch den Trägern der Wirtschaft gegenüber behaupten und darum Versuche von Wirtschaftsführern, die Erziehung in ihrem Sinne zu beeinflussen, mit Entschiedenheit zurückweisen.“

„Vereinbarung mit der Reichsregierung ist die deutsche Jugend zu stiftlicher Bildung, staatsbürgerlicher Schulung, persönlicher und beruflicher Ertüchtung, nicht „Les einschleichen für die Wirtschaft oder sogar für eine bestimmte Wirtschaftsauffassung zu erziehen.“

„Nicht der Wirtschaft ist es, die notwendigen Mittel zur Pflege der geistigen Kultur, insbesondere auch für einen wesentlichen Ausbau der Volksschule und eine der Reichsregierung entsprechende Lehrerbildung, zu schaffen.“

„Die für die innere Ausgestaltung des Unterrichtsbetriebes maßgebenden Grundzüge stellt die Erziehungswissenschaft auf, die dabei nicht übersehen wird, daß im Schulförderungsverlauf der Nachwuchs auch für die im Dienste der Wirtschaft zu erfüllenden Aufgaben tüchtig gemacht werden muß.“

Der dritte Tag war der Aufgabe gewidmet:

Die Schule im Dienste der Volkserziehung und der Völkerveröhnung.

Als Einstimmung hörte die Versammlung zunächst die Grüße seitens der Abgeordneten der befreundeten Vereine aus dem Ausland. Nach einer Ansprache des Vertreters der Kommission für geistige Zusammenarbeit beim Vorkerband überbrachte Herr Comen, der Präsident des Englischen Lehrervereins, die Grüße seiner Organisation; mit warmen Worten sprach er von der Pflicht der Schule, für den Friedensgedanken zu arbeiten. Herr Quinas aus Paris begrüßte im Auftrage des Französischen Lehrerverbands. Er umschrieb mit von Herzen kommenden Worten das Wesen, die Wichtigkeit, die Schwierigkeit und die Grenzen der Aufgabe, die die Schule im Dienste der Völkerveröhnung zu erfüllen hat; Tausende von deutschen Lehrern und Lehrerinnen dankten ihm und dem Vordredner für seine offenen und überzeugenden Worte. Nicht minder glücklich in der Art seines Auftretens war Herr de Treis, der Abgeordnete des Holländischen Lehrervereins „Genootschap“.

Die Einführung in das weitverbreitete Gebiet der genannten Verbandsaufgabe war Herrn Kappeler, dem Geschäftsführer des Deutschen Lehrervereins und Schriftleiter der „Allgemeinen Deutschen Lehrerzeitung“, übertragen worden. Der Redner untersuchte die eigentümliche Art des deutschen Volksschulcharakters, der zur konfessionellen und klein-



staatlichen Gruppierung neige, und trat für die allgemeine Volksschule als einziges Land der Nation ein. Hinsichtlich des Zusammenlebens der Völker verwarf er jedwede Anwendung von Gewalt und forderte ein System des Rechts, welches jedem Volk in Frieden und Freiheit zu leben gestattet. Die Versammlung stimmte ihm lebhaft zu, und nach einer Aussprache, die durch die bekannten Gegenwärtigen eines kommunisten nicht gehört werden konnte, bekannte sich der Verein zu folgender Entschließung:

„Der Deutsche Lehrerverein erkennt im Volkstaat die Form des staatlichen Zusammenlebens, die allen Vögern die Teilnahme an der Gestaltung ihres politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Willens verbürgt.“

Er verlangt darum, daß das öffentliche staatliche Schulwesen aus dem Gedanken des Volkstaates erwachsen muß. Er lehnt die Trennung der Schulkinder nach Welt, Weltanschauung und Bekenntnis ab und tritt ein für ein einheitlich und organisch aufgebauten Schulwesen, das jedem die Bildung gibt, die seiner Veranlagung gemäß ist. In die sozialen und politischen Kämpfe der Volksguppen hat sich die Schule nicht einzumischen, sie hat aber den Geist der Vertraulichkeit und des gegenseitigen Vertrauens zu pflegen, damit nicht die Gegensätze die Volkseinheit zerschüren.

Der Deutsche Lehrerverein bekennt sich ebenfalls zu dem Gedanken des friedlichen Zusammenlebens aller Völker auf der Grundlage des Rechts, das vortrefflich zu sichern ist unter Ausschluß jeglicher Gewaltanwendung. Die Schule arbeitet an der Bekämpfung der Betonung der Rasse, die durch die Volkserziehung und die Schülerauswahl, Prüfung der Schulbücher und alle sonstige geeigneten Maßnahmen zur Anbahnung eines dauerhaften Friedensaufbaues.

Der Deutsche Lehrerverein ruft die Erzieher und Friedensfreunde aller Länder an, gemeinsam an der Schöpfung einer Weltordnung des Friedens und des Rechts zu arbeiten.“

Die Leitung des Deutschen Lehrervereins darf mit hoher Befriedigung auf ihre Dresdener Tagung zurückblicken. Die deutschen Lehrer und Lehrerinnen, in voller Erkenntnis der schwierigen Gesamtlage, haben in aller Aufrichtigkeit sich öffentlich dafür eingesetzt, einzufließen in den friedlichen Aufbau einer neuen Welt ... zu arbeiten zu wollen.

Leo Kaeppe,

Geschäftsführer des Deutschen Lehrervereins.

England und Idales:

National Union of Teachers.

Der Englische Lehrerverein (N. U. o. T.) umfaßt 130 000 Mitglieder; 1891 waren es 18 000, 1910 69 000. Der Verein verdankt seinen raschen Aufstieg hauptsächlich seinem erfolgreicheren Eintreten für die jetzige allgemeine Festschließung der Gehälter. Die geistliche Anerkennung einer Gehaltsstaffel, die zwischen den Vertretern der Unterrichtsverwaltung und den Vertretern des Vereins vereinbart wurde, ist der sichtbarste Beweis von der erfolgreichen Tätigkeit der N. U. o. T. Die Jahresversammlung 1929 war wie üblich in der Osterwoche, in Landudno. Die englischen Kongresse werden stets an landschaftlich reizende Orte gelegt; es nehmen immer einige tausend Mitglieder daran teil.

Eine Anstellung von Lehrern und Vermitteln ist mit jeder Versammlung verbunden. Der Präsident, Herr Cowen, eröffnete sie am 30. März.

Die Versammlung begann mit dem Anhören von Willkommensreden. Mr. Balfour erntete Lord George, der frühere Ministerpräsident, mit einer humorvollen Ansprache. Er bekannte sich als Walliser, erinnerte an die schweren Tage des Kriegs und der Nachkriegszeit und an die Fortschritte, die im Unterrichtswesen unter der Leitung von Herrn Fisher erzielt worden seien. „Gestatten Sie mir“, rief er aus, „ein persönliches Wort. Ich bin stolz darauf, daß zu jener Zeit ein Lehrersohn Ministerpräsident war.“ Weiter den Wert der Erziehung äußerte er: „Die Dampfkraft getrieben den Menschen, schnell zu reisen, die Ruinen von Rom und die Säulen der Akropolis zu besuchen. Aber mit einer Bildung ausgerüstet, sieht der Mensch Cäsar auf dem Forum und Petrus in den Marmortempeln Athens.“

H. Cowen, der Vorsitzende, berührte in seiner Ansprache die geistliche Entwicklung des öffentlichen Bildungswesens in England, das Werden der höheren Schule,

die Einführung der schularztlichen Aufsicht, die Begründung der Sonder- und Hilfsschulen; er legte die heutigen Bestrebungen um Schulumbau und Schulpflichtverlängerung. Er führt aus, daß die Ausdehnung des schulpflichtigen Alters bis zum 15. Jahre die notwendige Vorbereitung zur Schulreform sei. Er weist daraufhin, daß der Widerstand gegen diese Einrichtung von Seiten der Arbeitgeber komme, die lieber ein billiges Personal hätten, anstatt ihre Produktionsweisen zu verbessern; die Lehrer seien aber entschlossen, die Nation von der Dringlichkeit dieser Forderung zu überzeugen. Er schließt mit einer Aufforderung, die Lehrer sollten den Weltfrieden sichern helfen.

Am zweiten Tag hört die Versammlung die Ansprachen der Vertreter der ausländischen Vereine. Als erster überbringt Herr Höhn die Grüße von den 150 000 Mitgliedern des Deutschen Lehrervereins. Er verweist auf den vorbildlichen Geh der Weimarer Verfassung von der Erziehung im Geiste der Weltverbündung und teilt mit, daß der Deutsche Lehrerverein diese Frage auf seiner Pfingsttagung in Dresden öffentlich behandeln werde.

Herr Lebatititz begrüßt im Auftrage des Französischen Lehrervereins. Er erinnert daran, daß sein Verein nicht nur an den engeren Berufsfragen interessiert sei, sondern auch Anteil an der sozialen Bewegung nähme durch tätige Mitarbeit beim Allgemeinen Gewerkschaftsbund und der Amerikaner Gewerkschafts-Internationale. Das französische Lehrerverein sei mit den freigewerkschaftlichen Lehrern anderer Länder in dem Internationalen Berufssekretariat der Lehrer zusammen, es gehöre aber auch zur Internationalen Vereinigung der Lehrerverbände, um mit den Lehrern aller Länder Fragen der Erziehung und der Bekämpfung zu fördern. Er beglückwünscht sich, hier die Vertreter der drei großen Länder, England, Deutschland und Frankreich vereinigt zu sehen, „da die internationale Front gegen den Krieg darzustellen.“

Herr Schoemaker von der Holländischen Lehrervereinigung überbringt die Grüße des Englands benachbarten Holland. Er verweist auf die alte langjährige Freundschaft zwischen der Lehrerschaft beider Länder und betont die Notwendigkeit, daß die Erzieher aller Völker sich immer besser kennenlernen müßten.

Herr Thompson spricht als Vertreter der irischen Lehrerschaft; er rühmt die Verbundenheit aller Lehrer Irlands, die über den Streitfragen der Gesetzgebung und Verwaltung in den getrennten Teilen der Insel stehen. Er beglückwünscht die N. U. o. T. zu ihrem Wachstum und beklagt es, daß es in Irland noch Lehrer gäbe, die außerhalb der Organisation ständen, aber die von ihr räumlichen Vorteile in Anspruch nähmen.

Herr Edwards vertritt den Gewerkschaftsbund (Union des cooperatives) und grüßt im Namen von fünf Millionen Arbeitern. Er unterstreicht die gemeinsamen Ideale und Interessen; beide Organisationen arbeiten an der geistigen und wirtschaftlichen Hebung der Volksmassen.

Herr Dr. Crombie vom schottischen Lehrerverein ist Überbringer der Grüße aus Schottland. Er ist stolz darauf, daß 90 v. H. aller schottischen Lehrer und Lehrerinnen seinem Verein angehören und rühmt die enge Zusammenarbeit zwischen den englischen und schottischen Kollegen. Er erwähnt, daß 80 v. H. aller Lehrkräfte in Schottland Universitätsbildung besäßen. Diesem Ziel gilt der Kampf aller Lehrer.

Der erste Gegenstand der Beratungen ist die Frage des gehobenen Unterrichts. Bekanntlich fordern die englischen Lehrer eine Erweiterung des pflichtmäßigen Unterrichts: Die Schule ersten Grades (Grundschule) bis zum 11. Lebensjahre, die Schule zweiten Grades bis zum 15. Lebensjahre, angefaßt den verschiedenen Lebungsgruppen der Kinder.

Der Hauptpunkt der Stellungnahme des Vereins ist in einer vom Vorstand vorgelegten Entschließung ausgedrückt, worin gefordert wird, daß die gesetzlichen Bestimmungen für alle Schulformen zweiten Grades gleich seien. Die englischen Lehrer sind gegen die Zerlegung der gehobenen Schule in Gymnasien, Lyzeen, höheren Volksschulen oder Fortbildungsschulen für die Massen, da hierdurch eine soziale Gruppeneinteilung begünstigt wird je nach dem Ansehen, das ein-

zene dieser Schularten herkömmlicherweise genießen. Sie vermehren diese Trennung der Kinder in eine Art von „sozialer Judikwahl“ und stimmen einig zur Aufstellung nach Begabungsrichtungen zu. Ihr Ziel ist, allen diesen Schulformen die gleiche gesellschaftliche Grundlage und damit den gleichen Wert zu geben. Der Vorschlag wird nach einer lebhaften Aussprache angenommen; die Redner sprachen sich gegen ein Schulsystem aus, das unter dem Vorwand der Sparfamkeit die Teilnahme der Massen an höheren Bildungswesen verhindern möchte, indem es eine bevorzugte Klasse begünstigt.

Die Frage der Trennung von Kirche und Schule wird angeschnitten in einer Entschließung, worin Stellung genommen wird gegen jegliche Art von kirchlicher Aufsicht oder konfessionellem Unterricht in den vom Staat unterhaltenen öffentlichen Schulen. Die englische Lehrerschaft ist beaurbeitigt worden durch ein Verwaltungsverfahren der Graf-schaft Dorset, worin empfohlen wurde, daß in den Schulen ein Raum bereitgestellt wird zur Erteilung des konfessionellen Religionsunterrichts. Man verwarf den Vorschlag, daß es sich hierbei um einen Akt von Symplicität handle. Herr Wand er erklärt, daß die Grundzüge der Organisation dieses Entgegenkommens nicht gestattet. Nach einer angeregten Aussprache, in der noch droffere Ansichten geäußert werden, wird folgender Beschluß angenommen:

Die Verammlung hält unverbürhlich an dem seit 1870 geübten Grundfatz fest, der ein Bestandteil englischer Lebensauffassung ist, daß kein religiöser Dogmenunterricht oder sonstiger konfessionell geforderter Unterricht in den von öffentlichen Geldern unterhaltenen Schulen erteilt werden darf. Sie erklärt, mit aller Kraft und allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln jedem gefesgeberrischen oder verwaltungsrechtlichen Versuch entgegenzutreten, einen solchen Unterricht in den öffentlichen Schulen (council schools) einzuführen, sei es durch das Lehrpersonal, sei es durch die Vertreter der religiösen Gesellschaften, denen das Recht zum Betreten der Schulen gegeben werden sollte.

Der Kongreß stimmt ferner einer Entschließung zu, wonach die Lehrer an ländlichen Schulen die gleiche Vorbildung wie ihre städtischen Kollegen haben sollen, und daß sie darum die gleichen Bildungsanstalten besuchen müssen. „Lebes Kind“, sagt der Berichtsteller, „hat das Recht, von einem hinreichend ausgebildeten Lehrer unterrichtet zu werden“.

Ein weiterer Beschluß spricht sich dahin aus, keinen Unterschied in der Bezahlung zwischen den Lehrern an Schulen ersten und zweiten Grades zu machen. Auch wird die genaue Festschreibung der Schulleiter-Schalter verlangt, die bis jetzt nach der Zahl der Schüler schwanken. Andere Wünsche richten sich auf die Höchstzahl von 40 Schülern auf eine Klasse, gesunderheitliche Maßnahmen in ländlichen Schulen, Einrichtung eines Spielplatzes für jede Schule, Beschränkung der Arbeitszeit für die Jugendlichen unter 16 Jahren.

Umschneid mit den großen öffentlichen Sitzungen sind Zusammenkünfte von einzelnen Gruppen statt zur Besprechung von gewissen Fragen besonderer Art. Diese Beratungen beleben das Gesamtbild des Kongresses, denn hier werden von den besondern Sachverhältnissen Spezialfragen erörtert und geklärt. So tagen die Lehrer der gebobenen Schulen (central schools), die Schulleiter, die Stilllehrer, die Vandlehrer. Diesen Verammlungen wohnt je ein Mitglied der Vereinsleitung oder der Generalsekretär bei, dessen Hauptaufgabe bei einem solchen Kongreß ganz besonders groß ist.

Der englische Lehrerschaft zeigt das Bild einer blühenden Organisation und eine lobenswertere woblurchdachte Arbeitsweise. Ruhig in gemessener Kraft, bestimmt, knapp und überzeugend legt sich der Wille der englischen Lehrer, mit vornehm Sinn den Fragen zu Leibe zu gehen und weitgehende Verbesserungen mit maßvoller Form zu verbinden. Der Präsident gibt dieser inneren Haltung der englischen Lehrerschaft folgenden Ausdruck in seiner großen Ansprache,

in der er alle Träger des Vereinsgedankens begrüßt und das Geheimnis ihres Erfolges erforscht:

„Es besetzt darin, daß wir uns immer bemüht haben, dem Kind und den höchsten Interessen dienen zu wollen. Unbestreitbar sind die gewaltigen Anstrengungen, die wir zur Förderung des sozialen Fortschritts gemacht haben. Darüber hinaus wünsche ich, daß wir immer mehr Anteil nehmen an der gesamten sozialen Bewegung, die die Massen unseres Volkes heben will. . . . Unsere Kräfte sind groß, aber unsere Pflichten sind es nicht weniger. Was können wir nicht dazu beitragen, die Lebensbedingungen unseres Landes zu verbessern: Was können wir nicht helfen am Bau des Weltfriedens!“

P. O.

Bulgarien.

31. Verammlung des bulgarischen Lehrervereins.

Die 31. ordentliche Verammlung des B. L. V. tagte vom 21. bis 24. Juli 1929 in Sofia. 272 Vertreter waren außer zahlreichen einladenden Gästen anwesend.

Aus dem Jahresbericht ergab sich für den Stand der Organisation:

1. Der Verein zählt 93 Einzelvereine.
2. Die Mitgliederzahl beträgt 11 368, davon 5809 Lehrer und 5559 Lehrerinnen. Davon unterrichten 9297 an Volksschulen, 1483 an Progymnasien, 115 an Gymnasien; 473 Mitglieder sind im Ruhestande.
3. An öffentlich-kultureller Tätigkeit sind zu verzeichnen: 450 Sonntagsschulen, 1257 Aufführungen, Darbietungen usw., 802 öffentliche Lesesäle und unentgeltliche Schreibereien, 106 öffentliche Lehrgänge und Tagungen, 532 gesellschaftliche Gründungen, 512 öffentliche Verammlungen und 47 Verammlungen, diese in Verbindung mit dem allgemeinen Beamtenverband.
4. Kassenlage. Einnahmen: 2 789 000 Lewa; Ausgaben: 2 654 886 Lewa. Vermögen der Sterbekasse: 2 418 941 Lewa. Hilfskasse für Lungenerkrankte: 1 136 140 Lewa. Gründungskasse eines Genesungsheims: 521 176 Lewa. Waisenstiftung: 332 625 Lewa. An Unterhaltungen für Mitglieder sind 592 622 Lewa ausgegeben worden. Das gesamte Vereinsvermögen beläuft sich auf 10 890 024 Lewa.
5. Vereinschriften. Das Blatt Soznanie, zweimal wöchentlich, und die Monatschrift Outocotelska missal, Auflage 11 500 Stktd.

Der Verein ist dem Verband der Staatsbeamten und der Internationalen Vereinigung der Lehrerverbände angeschlossen.

An bedeutungsvollen Beschlüssen des Kongresses sind zu nennen:

1. Zur Schulpolitik.

Der 31. Kongreß des bulgarischen Lehrervereins, Sitzung vom 23. Juli 1929, macht in Anlehnung der schulpolitischen Lage in Bulgarien folgende Feststellungen:

Der Stand des Unterrichtswezens, die Art des Unterrichts und der Aufbau des öffentlichen Schulwesens sichern unserm Land einen ehrenvollen Platz unter den Kulturvölkern. Dieser Erfolg ist zu einem großen Teil dem förderlichen Einfluß der Lehrerschaft zu danken, die in bulgarischen Lehrerverein zusammengeschlossen ist, und diese Lehrerschaft weiß den wahren Wert der errungenen Ergebnisse ihrer Anstrengungen und ihrer Kämpfe zu schätzen. Jeder gesetzgeberische Versuch muß Rücksicht nehmen auf die von den gemeinsamen Bemühungen erreichten Fortschritte und muß zu ihrer Verwollkommnung beitragen.

Deswegen hat der Kongreß empfohlen, mit Umsicht, Fortschritt und Mäßigkeit voranzugehen, um in ständiger Föhlung mit der aufgeklärten öffentlichen Meinung zu bleiben, dabei aber mit aller Kraft die Wünsche der Lehrerschaft zu vertreten, sobald es um irgendeine Veränderung in der Organisation des Schulwesens geht.

Der Kongreß betont vor allem die nachbezeichneten Grundzüge, die sich aus der Begründung des Schulgesetzes ergeben und verlangt deren getreue Durchführung.

a) Der weltliche Charakter des allgemeinen Unterrichts auf allen drei Stufen.

- b) Pflichtmäßigkeit und Integritätlichkeit des gehobenen Volksschulunterrichts (lebenjährige Dauer), strenge Durchführung dieses Grundgesetzes.
- c) Die Schulen müssen jedem bulgarischen Kind zugänglich sein.
- d) Keine Absonderung der Schulen nach Geschlechtertrennung.
- e) Freier Übergang von einem niedrigeren zu einem höheren Unterrichtsstufe; Beseitigung der noch vorhandenen Hindernisse.

Indem der Kongress für die Erhaltung der auf dem Gebiet der Schule erreichten Fortschritte eintritt, erinnert er zugleich an die Notwendigkeit von Reformen, welche die neue Zeit notwendig macht, ohne jedoch die aufgeführten Grundzüge zu verletzen. Diese Reformen sind nötig im Interesse:

- a) einer weitergehenden Dezentralisation und einer Autonomie für alle Schulen im Rahmen des Gesetzes, damit die Bewegungsfreiheit der Schulen sich besser den örtlichen Bedürfnissen anpassen können; dies gestattet nämlich eine bessere Möglichkeit, die schöpferischen Kräfte von Lehrern und Kindern sich auswirken zu lassen. Mit der Vergrößerung der Freiheit wächst das Gefühl der eigenen Verantwortung. Die erste Bedingung zur Annäherung an dieses Ziel ist die kollegiale Schulleitung und die Zurückdrängung des bürokratischen Systems, namentlich bei den Schulen zweiten Grades.
- b) Die Schulen sollen sich nicht bloß den rein unterrichtlichen und erzieherischen Bedürfnissen der Jugend bedeihten Geschlechts anpassen, sondern auch den beruflichen und praktischen Erfordernissen des Lebens.
- c) Die Schule soll sich an ihre unmittelbaren Aufgaben halten und sich nicht in Aufgabenstellungen des sozialen Kampfes einlassen.
- d) Die Lehrer aller Schulen sollen mit einer ausreichenden Vorbildung ausgestattet sein, d. h. jeder soll nach dem Durchlaufen der höheren Schule eine besondere pädagogische Vorbereitung für die Schulkarriere erhalten, an der er zu unterrichten hat.

Der Kongress beharrt auf den Forderungen der vergangenen Versammlungen und hebt insbesondere noch folgendes hervor:

1. An der Schulaufsicht nach Artikel 190 des Gesetzes soll ein von seinen Kollegen gewählter Vertreter im Bezirkslehrerrat beteiligt sein.
2. Der Artikel 75 des Unterrichtsgesetzes betreffend die Verabschiebung eines Lehrers soll nur dann angewendet werden, wenn durch eine besondere Untersuchung festgestellt ist, daß ein Verbleiben in der Schule unmöglich ist.
3. Der Artikel 70 des Unterrichtsgesetzes ist aufzuheben; wegen einfacher Fehler darf ein Lehrer nicht verfolgt werden.
4. Neben dem Blatt *Outchilichno Predg* hat das Blatt *Outchilichno Delo* sein Dasein ergriffen. Seit seiner ersten Nummer bringt dieses Blatt Artikel und Notizen von fast immer polemischen Charakter, die gegen die Organisationen der Lehrer gerichtet sind und nicht zur Hebung der Lehrerschaft beitragen; im Gegenteil rufen sie Auseinandersetzungen hervor zwischen Lehrern und dem Ministerium und schädigen das Schulwesen.
5. Der bulgarische Lehrerverein macht große Anforderungen, die Fortbildung der Lehrer zu fördern durch Veranstaltungen, die vom Verein getragen werden. Wenn das Ministerium durch Abhaltung von Kursen das gleiche Ziel verfolgt, sollte es dafür nicht die Ferienzeit ansuchen, da diese Zeit zur nötigen Erholung dient. Den zu Kursen einberufenen Lehrern wie den Vortragenden sollten Reisegelder und Aufwandskosten gemäßert werden, damit sie nicht wie bislang genötigt sind, diese Auslagen von ihrem mageren Gehalt zu bestreiten.
6. Das Personal der Programmklassen ist nicht zu vermindern; auf 3 Klassen sollen 4 Lehrer kommen, im Interesse des Unterrichts. Der Pflichtbesuch der Schule soll

für zur Erledigung der gehobenen Volksschule dauern und nicht mit dem 14. Jahr beendet sein.

7. Der Vorschlag des Ministeriums, das Monopol für die Schulbücher an sich zu nehmen, würde die Versuchsfreiheit der Lehrer lähmen, zu ihrer Verbesserung beizutragen, und dadurch eine Herabdrückung der Höherentgelt herbeiführen.
8. Die freien Konferenzen sind durch Beibehalten des Ministeriums zu unterstützen, denn sie tragen dazu bei, die Kenntnisse aufzufrischen und die besten Methoden bekanntzumachen.
9. Der Unterrichtsminister sollte gegen alle schuldigen Schulleitungen einschreiten; es ist ebenso im Interesse des Schulwesens gelegen, daß man sich vor Berufung von Inspektoren über ihre Eignung vergewissere.
10. Alle Vorschriften des Gesetzes über die Ferien und die zusammengestellten Klassen sind auszuführen. Kürzungen der Weinachts- und Osterferien sind ungeschiedlich. Die einlässigen Schulen sollen zwei Lehrer haben ohne Rücksicht auf die Zahl der Schüler. Die Lehrer der zusammengelegten Klassen sollen eine besondere Entschädigung erhalten.
11. Angesichts der Anordnungen und der Kontrolle der Schulbehörden über den Kirchenbesuch der Schüler ist es unnötig, daß nicht zur Schule gehörige Personen sich einmischen.
12. Es ist zu wünschen, daß die wirtschaftliche Lage aller Lehrenden verbessert wird; man sollte nicht in verteilten Broden den Lehrern an Gymnasien, Programmklassen und gehobenen Volksschulen etwas zukommen lassen. Dies verursacht Bitterkeit bei den Übergangenen und beeinträchtigt das Werk der Erziehung.
13. Der Kongress billigt das Vorhaben des Ministeriums, eine Hilfskasse für die Lehrer zu begründen und sie aus dem Haushaltsplan für soziale Beihilfen zu speisen, sowie sommerliche Erholungsstätten einzurichten; erwünscht ist, daß diese Rasse auch für Lehrer im Ruhestande eintritt und daß die Beiträge der Lehrer erträglich gestaltet werden. Die sommerlichen Erholungsstätten sollen an verschiedenen Punkten des Landes entstehen, damit sie recht vielen Lehrern erreichbar sind.
14. Der Kongress stellt fest, daß das Gesetz über Schulbauten auf genossenschaftlichem Wege befriedigende Ergebnisse erzielt hat. Immerhin sind Gemeinden ohne Mittel, besonders in den neuen Gebieten im Süden, von der Wohltat dieses Verfahrens ausgeschlossen, und hier sind die Schulhäuser in einem trostlosen Zustand. Der Staat möge hier eingreifen, um gesundheitslich aussehende Schulhäuser zu bauen.
15. Der Kongress wünscht die Schaffung eines Lichtspielgesetzes und strenge Maßnahmen gegen Schund- und Schmutzschriften.
16. Der Kongress fordert die Einrichtung und staatliche Unterstützung von Ferienlagern, Schuttschulen, Lesesälen für Kinder; es ist diesen sozialen Einrichtungen hinreichend Freiheit und Initiative zu sichern.

Die wirtschaftliche Lage der bulgarischen Lehrer.

Der 31. Kongress des bulgarischen Lehrervereins stellt fest, daß die wirtschaftliche Lage der Lehrerschaft immer noch nicht in einer zufriedenstellenden Weise gelöst ist. Die Erhöhung der Bezüge nur eines Teils der Lehrer und der Professoren an Gymnasien hat eine allgemeine Ausbreitung und Verbitterung hervorgerufen.

Eine gesicherte wirtschaftliche Stellung des Lehrers ist eine erste Vorbedingung für ein Gelingen der erzieherischen Arbeit. Erbrückt die den Sorgen des Alltags kein Lehrereinkommen das Werk der Jugenderziehung gedeihlich betreiben. Die wirtschaftliche Lage des Lehrers läßt sich nicht verbessern, ohne daß der Haushalt des Staates mehr belastet wird. Es genügt, die Verteilung der bereitgestellten Mittel nach einem gerechteren Verhältnis vorzunehmen. Ausgehend von diesen Erwägungen hat der Kongress folgendes beschlossen:

1. Es ist eine Verordnung für sämtliche Staatsdienstzweige auf der Grundlage der nachweisbar erforderlichen Vorbildung zu erarbeiten.
2. Die Hausmittel für Gehälter sollen gerecht und der Vorbildung entsprechend unter alle Staatsbeamten unter Berücksichtigung der Dienstjahre verteilt werden.
3. Die Lage der Lehrer soll dem Stand der Lernerung angepaßt werden.

Schule und Weltfrieden.

Der 31. Kongreß des Bulgarischen Lehrervereins hat nach Anhörung des Berichtes von Herrn Neuenhew über den Anteil der Schule am Werk des Weltfriedens und nach einer ausgedehnten Aussprache folgende Entschliessung gefaßt:

Die Frage des Friedens und der Völkerverständigung hat vielleicht noch nie so sehr im Vordergrund der allgemeinen Aufmerksamkeit gestanden als jetzt nach der europäischen Katastrophe. Ein neuer Krieg würde infolge der technischen Fortschritte der Vernichtungswerkzeuge für Sieger und Besiegte verheerend sein. Er würde die ganze Zivilisation der Menschheit vernichten, die unheimlichen Neigungen der menschlichen Natur hemmungslos entwideln und alle Bestrebungen zur Entfaltung der sozialen und persönlichen Vervollständigung zunichte machen.

Aus diesem Kongreß erfordert der Gedanke des Weltfriedens vor allem politische und soziale Vorbeugungsmaßnahmen.

1. Förderung aller politischen Vorschläge, die die gemeinsame Arbeit der Nationen ermöglichen: internationale Verträge, beruhend auf dem Selbstbestimmungsrecht der Nationen, der Freiheit des Bekenntnisses und der Sprache unter Ausschaltung jeglicher Art von Gewalt. Schlichtung der Streitfragen durch Schiedsgerichte. Vollständige Abrüstung aller Staaten. Achtung vor der Autorität des Völkerbundes. Verbreitung des großen Gedankens der Vereinigten Staaten Europas. Streichung der Kriegsentfälschungen.
2. Planmäßige und vollständige Pflege des Friedensgedankens in allen Ländern seitens aller kulturellen Körperschaften und Einrichtungen und der Presse.

In diesem Zusammenhang hat die Schule einen besonders wichtigen Platz als Friedensstätte des Friedensgedankens. Die Schule ist Vorbereitungsanstalt für die Formung der künftigen Geschlechter; sie soll jedes Kind befähigen, seine späteren sozialen und staatsbürgerlichen Pflichten erfüllen zu können. Die Schule soll also in ihrem Wesen, ihrer Arbeitsweise und ihrer Aufgabenstellung die Sache des Friedens darstellen; sie soll im Kinde die Gedanken der brüderlichen Genossenschaft und der Völkereinheit entwickeln. Sie soll ein Tempel sein, in dem die edelsten Gefühle gepflegt werden: Hingabe, Nächstenliebe.

Die nationale Erziehung im Geiste des eigenen Volkstums, der Sprache, der Sitte der Nation ist die Grundlage der Erziehung zu internationaler Genossenschaft nicht entgegen. Die richtig verstandene Vaterlandsliebe ermöglicht die Arbeit für den Weltfrieden; sie muß bis zur Menschheitsliebe erweitert werden. Wahre Erziehung verpönt den Haß und achtet den Geist der brüderlichen Zusammengehörigkeit.

Aus dieser Grundhaltung ergeben sich die innerlichen und äußerlichen Verpflichtungen der Lehrerschaft. Die Lehrpläne (Geschichte, Völker- und Erdkunde, Literatur usw.) sind dem Gedanken des Friedens anzupassen. Die Bücher, sowohl die für Kinder bestimmt sind als auch die für Erwachsene, sollen die Kenntnis von der Welt, die Achtung vor den anderen, die Gefühle der menschlichen Verbundenheit lehren.

Die Kinder sind mit dem Geiste und den Aufgaben des Völkerbundes bekannt zu machen.

Die Lehrerschaft aller Länder soll sich nahe treten durch Organisation, Besuchsreisen, Kongresse, Austausch von Lehrern und Schülern.

Der Kongreß bekennt sich mehr als je zu der von der bulgarischen Lehrerschaft immer vertretenen Friedensgenossenschaft und will gemeinsam mit der Internationalen Ver-

einigung der Lehrerverbände das Werk des Friedens im Glauben an dessen Erfolg fördern.

Am Ende dieses Gedankens steht die bulgarische Lehrerschaft nicht bloß die Lösung einer internationalen Frage, sondern auch die beste Förderung des nationalen, geistigen und wirtschaftlichen Wiederaufbaues des bulgarischen Volkes. Nach all dem Ungemach, was Bulgarien am Ende des Krieges erlitten hat, bedarf unser Land mehr als je des inneren und äußeren Friedens, um seine geistigen und wirtschaftlichen Kräfte wiederherzustellen und so schnell als möglich wieder auf den Stand seines kulturellen Gedehens zu gelangen.

Die bulgarische Lehrerschaft hat oft ihre Liebe und Ergebenheit zu ihrem Vaterland bewiesen, hat seine Sorgen, Leiden und Hoffnungen geteilt in den Zeiten härtester Prüfungen, betont, daß sie immerdar bereit ist, überzeugt und bingebungsvoll der Sache des Friedens zu dienen.

Dänemark.

Dänischer Lehrerverein. — Danmarks Laerer Forening.

Die Jahresversammlung fand am 6. und 7. August 1929 in Kopenhagen statt.

Außer dem Jahres- und Jahresbericht und den Berichten der verschiedenen Ausschüsse waren die wichtigsten Punkte der Tagesordnung folgende:

1. Die Sammlung zugunsten einer Unterstufenschule für die stellunglosen jungen Lehrer wird fortgesetzt; die Vereinskasse soll bis zu einem Betrage von 10 000 Kronen beistellen.
2. Die Frage der Lehrerbildung ist durch einen Gesetzesvorschlag der Regierung in Fluß gekommen. Die Versammlung billigt einstimmig diesen Vorschlag, dessen hauptsächlichste Merkmale sind: Die Studiendauer wird von 3 auf 4 Jahre verlängert. Zur Aufnahme in das Seminar wird die Ablegung der Vorkprüfung an einer höheren Schule verlangt sowie die Teilnahme an einer Prüfung auf der Grundlage der für die Reife erforderlichen Kenntnisse.

Die Lehrbefähigung wird erworben nach einer Reihe von Prüfungen am Ende eines jeden der vier Studienjahre. Im dritten und vierten Jahre werden die Schüler nach ihrer Befähigungsrichtung eingeteilt. Außer dem allgemeinen Unterricht erhalten sie besonderen Unterricht nach drei verschiedenen Richtungen: lebende Sprachen, mathematisch-wissenschaftlich, praktische Unterweisungen.

Eine Veilgaard.

Schottland.

Schottischer Lehrerverein. — Educational Institute of Scotland.

1. Geschichtliches.

Die schottischen Lehrer haben ihre 53. Jahresversammlung in der Weihnachtswoche 1929 in Greenock gehabt. Es ist Sitte, die Jahresversammlung in dem Landeseil abzuhalten, wo der Vorsitzende — der für ein Jahr gewählt ist — wohnt.

Wenn auch der Verein seine 53. Versammlung hat, er ist noch älter, denn er wurde vor 82 Jahren 1847 von den Lehrern der Royal High School in Edinburgh gegründet. Der Verein ist nicht der älteste Lehrerverein Groß-Britanniens, aber er ist sicherlich der erste Lehrerverein in Europa und vielleicht in der Welt, der die Lehrer nicht nach regionalen oder örtlichen Gesichtspunkten zusammensetzt, sondern nach einheitlich nationalen. Es ist seit langem der berechtigte Stolz Schottlands, ein einheitliches Schulsystem von der Kleinkinderstufe bis zur Hochschule zu besitzen, und der Schottische Lehrerverein spiegelt dieses Ideal in seiner Zusammensetzung wieder. Dieses Ziel ist beinahe erreicht, seit sich 1918 der Verein der Lehrer an höheren Schulen und der Verein der Volksschullehrer angeschlossen haben. Jetzt zählt der Schottische Lehrerverein 23 000 Mitglieder, also die große Mehrzahl aller Lehrer und Professoren.

In den Sitzungen von 1851 heißt es: Arbeit für eine gebiegene Erziehung und Ausdehnung des Erziehungseinflusses in Schottland. Von Ausdehnung an führte der Verein

seine Aktien zusammen eines nationalen Erziehungssystems, forderte ein Gesetz zum Schutze der Lehrerschaft vor unbedingten Absetzungen, die Vertretung in den Verwaltungskörpern, eine bessere Besoldung und ein ausreichendes Ruhegehalt.

Das Gesetz von 1872 bedeutete den ersten großen Erfolg des Vereins. Bis 1918 kamen verschiedene Verbesserungen hinzu, vor allem das Gesetz Rundella von 1882, welches die ungerechtfertigte Abberufung von Lehrpersonen untersagte. Dann wurde den Lehrern das Amt der Schulaufsicht zugänglich gemacht, eine Ruhegehaltsordnung wurde eingeführt, und 1906 ergingen die Bestimmungen zur Vertretung der Lehrer in den Provinzräten (Provincial Training Committees).

1917 wurde auf Veranlassung des Vereins ein Bericht über das schottische Erziehungswesen veröffentlicht, der Aufsehen erregte. Ohne Übertreibung kann gesagt werden, daß alle späteren Fortschritte der Schule in Schottland auf diese Denkschrift zurückgehen, die das Gesetz von 1918 weitgehend beeinflusst hat. Freilich sind noch nicht alle Wünsche dieses Berichtes erfüllt worden.

Der Schottische Lehrerverein war immer in erster Linie auf die Hebung des Schulwesens bedacht. In dem er unentgeltlichen Unterricht sicherte, die Schule ansiehend und wirksam zu machen strebte, hat der Verein einen hervorragenden Anteil am Schulfortschritt gehabt.

Zur Zeit ist die Bedeutung des Vereins noch im Wachsen; der allgemeine Willensausdruck der Lehrerschaft findet Beachtung beim Parlament, dem Unterrichtsministerium (Scottish Education Department) und den Schulbehörden. Die Tätigkeit des Vereins kommt vielfach zur Geltung, und gestützt auf gute Arbeitsbedingungen und auskömmliche Gehälter, sind die schottischen Lehrer die stärkste Kraft im Dienste der Schulentwicklung.

Ein beachtenswerter Beweis hierfür war die im letzten Jahre mit Hilfe des Vereins erfolgte Gründung eines Rates für erzieherische Forschung. Dieser Rat ist durch gemeinsame Beiträge der Schulerwaltung und des Vereins eingerichtet; er umfaßt Vertreter der Universität, der Lehrerbildungsanstalten, der Schulgesundheitspflege und Sachverständige der psychologischen Wissenschaft, die mit den Vertretern der Schulleiter und der Lehrerschaft gemeinsam beraten, um das schottische Schulwesen zu fördern.

II. Die Versammlung zu Greenod.

Der Präsident eröffnet die Sitzung mit der Begrüßung der Gäste. Es sprechen dann Mr. Cowen im Namen des Englischen, Mr. Carabre im Namen des Irischen Lehrervereins, Mr. Rudgings für den Verein der Volksschullehrer.

Der Präsident Mr. Hugh B. Guthrie hält eine beifällig aufgenommene Ansprache. Er führt die erreichten Ergebnisse an. Die Einigung der Unterrichtskommissionen in das System der Verwaltung hat Fortschub, und der Präsident berichtet dieses neue Organ. Schwierigkeiten zeigt die Lage der finanziellen Ordnung. Das bisherige System, wonach Staat und Gemeinde je die Hälfte der Schulausgaben tragen, erscheint nicht günstig. Den Anteil der Gemeinden zu erhöhen empfiehlt sich nicht, und eine Erteigerung des staatlichen Anteils setzt die Erhöhung des Staatshaushalts voraus. „Ohne Zweifel“, sagt Mr. Guthrie, „kommt der Tag, wo die Dienste, die das Leben der Nation sichern, schwerer wiegen als die Dienste des Todes“.

(So lautet die Bemerkung wörtlich überfetzt; es soll wohl eine Anspielung auf Krieg und Kriegsgrüßung sein.)

Die zweite Schwierigkeit auf „im Gebiete des Unterrichtswezens ist die Einrichtung der Lehrgänge für die Zwölf- bis Fünfzehnjährigen. Der Ausdruck „höhere Schule“ scheint einer Leiter zu entsprechen, die einem bestimmten Typ begabter Kinder den Aufstieg gestattet, die dann nicht selten die unteren Stufen misshandeln, auf denen sie aufsteigen sind. Aber die Erziehung kann nicht begriffen werden als etwas, was dazu da ist, um ein einzelnes Kind über seine Klasse zu heben, sondern sie muß die ganze Klasse heben, und das höhere Schulwesen müßte darum den verschiedenen Begabungsrichtungen der Kinder von 12—15 Jahren angepaßt werden. Vernachlässigt man den Schulen dieses Alters die

Möglichkeit, so setzt man das Ansehen aller dieser Schulleistungen herab, soweit sie nicht akademischen Charakter haben. Sie erscheinen minderwertig, ebenso im sozialen wie im Bildungssinne, und es entsteht der Anschein, als ob die Bildung, die sich nicht dem akademischen Muster anpaßt, eine minderwertige sei.

Die Schulpflicht um ein Jahr, vom 14. zum 15. verlängern, sagt man, müsse den Kindern nichts. Sie vergäßen das, was sie in diesem Jahre lernen würden, ebenso, wie sie das vorher Gelernte vergaßen.

Dieser Einwurf hätte Berechtigung, wenn die Erziehung in einem Anhäufen von Kenntnissen bestände. Aber die Gegenstände des Unterrichts sind nicht Zwang, sondern Mittel; in Wahrheit sind es Anregungen, wodurch sich der Geist des Kindes formt und verfeinert. Die Gewöhnung daran, sich selber lernen zu lernen, die offensichtlich mit 14 bis 15 Jahren nicht beendet sein kann, hat bleibenden Wert. Man übersieht meistens, daß die vornehmste Bedeutung der Erziehung die Formung des Charakters ist. Die jungen Mädchen, die Unterricht in der Führung eines Haushalts empfangen, eignen sich nicht bloß handgräber an, sondern sie erhalten Gesinnung an einem berebten Leben, wodurch der Sinn für Gemeinnützigkeit und Würde bei ihnen gelehrt wird. So etwas verliert sich nicht mehr.

Unsere Söhne und Töchter sollen aus ihrer Erziehung ein Ideal mitnehmen, damit sie, Mann und Frau geworden, eine wohlgeordnete Gesellschaft gestalten können, dem gesteigerten Bewußtsein ihres Wertes folgend. Darum werde der höhere Unterricht, aufgeteilt nach Begabungen, für alle eingerichtet, gleichwertig, wenn auch im Inhalt verschieden.

Es ist auch an der Zeit, ganz allgemein Kindergärten zu schaffen. Diese Kinder der erzieherischen und ärztlichen Fürsorge anzuvertrauen, heißt diese kleinen Wesen vor der Schwäche und der beschränkten Entwicklung bewahren. Aufgewachsen in Armenierkeln der Großstädte mit Anlagen von Gebrechen körperlicher und sittlicher Art, werden sie blühend im Garten der Kinderschule, genährt, gepflegt, an gute Sitten gewöhnt, auf die Bahn eines gesunden Lebens geführt.

Aber auch mit der Verlängerung der Schulpflicht bis zum 15. Jahre ist die Frage der Jugendberziehung nicht gelöst.

Zur Handwerkszeit war die Verbreitete eine richtige Erziehung. Immer müßte das Mittel dem Zweck angepaßt werden, denn zwei Werte waren sich nicht völlig gleich, und so war die Arbeit fortwährend geistiger Natur. Im Maschinenzeitalter ist es anders; diese Zeit bringt die Gefahr, einen automatische Menschen hinter eine automatische Maschine zu stellen. Dem tödlichen Einfluß einer seelenlosen Arbeit am laufenden Band müssen wir entgegenhalten, daß der junge Mensch nicht vor allem ein Werkzeug der Produktion ist, sondern Mensch.

Es ist notwendig, überall die abendlichen Kurse für Jugendliche durch Tagesunterricht zu ersetzen. Der Jugendliche, am Abend ermüdet von der Arbeit, soll ruhen und sich zerstreuen. Das Gesetz von 1918 hat diesen Unterricht vorgeesehen, ihn aber nicht pflanzmäßig gemacht. Wesentlich ist, daß der Fortbildungsunterricht am Tage für alle verbindlich wird. Ueberflüssig sind die Auseinandersetzungen darüber, ob der Unterricht mehr beruflichen als allgemeinbildenden Charakter haben sollte. Beide Ziele sind zu vereinigen. In der Hauptsache kommt es jetzt darauf an, das Kinderfahrgesetz und die völlige Durchführung des Gesetzes von 1918 zu sichern.

Die angeführten Tatsachen waren die hauptsächlichsten Gesichtspunkte der Ansprache des Vorsitzenden.

Die angenommenen Entschlüsse beziehen sich auf die gleichen Punkte, die in dieser Ansprache erwähnt sind. Vor allem wird die Ausdehnung der Schulpflicht bis zum 15. Jahre verlangt. Die Versammlung begrüßt es, daß diese Maßnahme am 1. April 1931 in Kraft treten soll, wenn auch etwas verspätet. Schon der Kongreß vom 7. Juni 1929 hatte die gleiche Forderung aufgestellt.

Dieser Kongreß hatte auch einen Beschluß gefaßt, daß die Lehrerbildung der Lehrer an der Universität zu erwerben sei, und daß die Ausbildungszeit verlängert werde.

Der Vorstand wird beauftragt, einen ausführlichen Bericht vorzubereiten, damit die praktischen Möglichkeiten studiert werden können.

Auf der Versammlung zu Weihnachten 1929 wurden vier Vorträge mit Diskussionen gehalten.

Mr. A. M. M. Robert fragte die Anschauungen eines Juristen über die Rechtslage der Lehrer vor. Er wies den Ursprung der gesetzlichen Bestimmungen hinsichtlich der Lehrererennung und der Sicherheit des Anstellungsverhältnisses nach. Dann zeigte er die Entwicklung der Besoldungsgesetze, sowie die Formen des Dienstaustritts, der Versetzung und der Absetzung. Er untersuchte das Erziehungsgeld des Lehrers, welches eine Übertragung des väterlichen Rechts sei. Endlich berührte er die juristische Seite des Übertrags der Schulpflicht auf die Schulkommissionen der Gemeinderäte.

Mr. Hugh Brown sprach über die Erziehung des weiblichen Geschlechts, geistreich und interessant. Er führte aus, daß die Vorbereitungen des männlichen Erziehungsideals den Banfroht der Zivilisation verdorben habe. Er zeigte die tiefe und unüberbrückbare Verschiedenheit der Geschlechter und beklagte es, daß theologische, philosophische und metaphysische Erkenntnisse „rein männliche Produkte“ gewesen seien. „Das Weibchen“, sagte der Redner unter anderen Aphorismen, „ist eine Notwendigkeit, das Männchen ein Luxus“. Während der Mann ein Verteidiger, ein Kämpfer sei, könne die Frau unter dem Schutze ihre Natur feiner, zarter, erregbarer, ausdrucksvoller anerkennen und ein „Brennen werden, in dem die Wellen des Gefühlslebens höher steigen“. Die männliche Veranlagung zielt auf Handlungen ab, die weiblich auf Beeinflussung der Wesen. Der eine ist verstandesmäßig, die andere schöpferisch. ... Und eben diese männliche Qualität führte den Redner durch blendende Schlussfolgerungen dahin, vom Erzieher zu fordern, nicht mehr nach den falschen Auffassungen von der Gleichheit der Geschlechter die Erziehung der Frau anzusehen, und im Gegenteil für eine besonders geartete weibliche Erziehung einzutreten.

Mr. Jan D. Stewart sprach über „Kunst im höheren Unterricht“. Er trat dafür ein, daß die steigende Hineinziehung in den praktischen Studien nicht zur Verdrängung der künstlerischen Erziehung führen dürfe. Selbst vom praktischen Standpunkt aus habe die Kunst unmittelbar nützlichen und belebenden Wert für die gewerbliche Tätigkeit. Die angewandte Kunst gebe den Erzeugnissen der Industrie einen gefälligen Wert. Es sei vorteilhaft, die Beschäftigung mit der Kunst in den höheren Klassen mit den praktischen Beziehungen zu verknüpfen, indem man sie eng an die anderen Unterrichtsgegenstände als ein wirksames Mittel der Erklärung anschließt. Es handelt sich nicht darum, einen rein beruflichen Unterricht zu erteilen und aus der Schule eine Werkstatt zu machen, sondern den künstlerischen Unterricht zu beleben, den Schmied für das Schöne zu bilden und mit den Interessen der Jugendlichen und den Forderungen der Industrie in Verbindung zu bringen.

Mr. J. Johnson sprach über den „Geschichtsunterricht in den schottischen Schulen“. Er wandte sich lebhaft gegen die Geschichte als „Derechnis der Kriege“ oder die Geschichte als Aufzählung von Jahreszahlen. Er führte aus, daß die eigentliche Geschichte des Volkes, die Geschichte der Willkür der Namenlosen, die gearbeitet und gewirkt haben, geliebt haben und gestorben sind, das Leben aller derer, die gebaut, gesponnen, geädelt, Hunger gelitten, ihren Schwitz vergossen, vor Kälte gezittert in Zeiten des Elends, — daß all die Geschichte unserer Vorfahren wenig beachtet werde. Davon singt der Barde nicht. An seiner Stelle finden wir den königlichen Geschichtsschreiber, denn die Reichen bezahlen den Lohn des Geschichtsschreibers. Warum sollten unsere Kinder nicht die wichtigen Ereignisse kennen lernen, und das sind nicht die königlichen Legenden, sondern die Tatsachen, die die Lebensbedingungen der Massen ermöglicht haben. Die wichtigsten Siege sind diejenigen über die Elendswohnungen, die Plattern, die Pest und den Ausfall, über Hunger und Armut, es sind die Kämpfe um die Menschenrechte, um die Gesehe, die menschen-

würdige Entwicklung bestätigten. Den schottischen Kindern soll das große Drama der Vergangenheit gezeigt werden, die Erbchaft, die ihnen von den braven unbekannten Geschlechtern der Vorfahren hinterlassen worden ist.

Eine Festtafel beschloß den Kongreß, auf dem sich die Kraft des Schottischen Lehrervereins zeigte, die er aus langer Liebertätigkeit und Erfahrung schöpft und dieser Organisation einen hohen Eigentum gibt. Praktischer Sinn, Humor, Arbeit zeichnen die Verhandlungen aus und vertiefen ihnen eine unerschütterbare Durchschlagkraft. L. D.

Die Internationale Vereinigung der Lehrerverbände begrüßt den Beitritt des Schottischen Lehrervereins mit herzlichster Freude.

Das Ansehen der Einfluß, die Kraft dieses allernährten Vereins verstärken unsere Nachmittage zugunsten der Hebung der Schule und zur Einbahnung der Wölfererfündigung.

Wir wissen diese schätzbare Hilfe zu würdigen, und wir danken unseren schottischen Kameraden dafür, daß sie uns ihren Willen und ihre Sympathie zeigen wollen. L. D.

Frankreich.

Syndicat national des institutrices et instituteurs.

Das S. N. zählt 80 000 Mitglieder auf 120 000 Lehrpersonen an öffentlichen Kleinkinderschulen, Volksschulen und Fortbildungsschulen.

Der Verein ist als Gewerkschaft dem Allgemeinen Gewerkschaftsbund und seiner Amsterdamer Zentrale angegeschlossen.

Andereorts gehört er zum Allgemeinen Beamtenden und bildet darin mit anderen Lehrervereinen, soweit sie zum Gewerkschaftsbund gehören, eine Lehrerguppe. (Fédération de l'enseignement.)

Auf internationalem Boden hat das S. N., wie bekannt, doppelten Anschluß: einmal beim Amsterdamer „Internationalen Berufssekretariat der Lehrer“ und dann bei der Internationalen Vereinigung der Lehrerverbände.

Der Verein hat jedes Jahr eine Versammlung, in der die 90 Departements-Sektionen des Mutterlandes, 5 Sektionen Nordafrikas (3 aus Algerien, 1 aus Tunis, 1 aus Marokko) und die übrigen Kolonialsektionen vertreten sind. Auf 500 Mitglieder kommt ein Vertreter, was zusammen etwas über 200 Vertreter gibt.

Der Verein wird geleitet von einem geschäftsführenden Vorstand (commission permanente) in Stärke von 37 Mitgliedern, für je 3 Jahre vom Kongreß gewählt; dieser Vorstand tritt sachgemäß dreimal im Jahre zusammen, außerdem auch, wenn eine außerordentliche Lage es erfordert. Die laufenden Geschäfte besorgt ein engerer Ausschuß von 11 Mitgliedern, gewählt vom geschäftsführenden Vorstand, bestehend aus den Sekretären und Kassaführern.

Der Kongreß von 1929 tagte vom 4. bis 6. August in Paris. Der Allgemeine Gewerkschaftsbund war durch dessen Sekretär Lenoir vertreten, der in seiner Ansprache die Notwendigkeit der Zusammenarbeit von Lehrerschaft und Arbeitererschaft betonte zur geistigen und sittlichen Förderung der arbeitenden Klassen und zur internationalen Friedensarbeit.

Den Gruß des Beamtendenbüros überbrachte Sekretär Mébri, den der Lehrerguppe Sekretär Nélat.

Kollege L'ah-niga aus Wien sprach im Namen der österreichischen Freien Lehrergewerkschaft. Vom befreundeten Vereinen der F. B. d. L. V. sprachen Blafak aus Prag, der eine Reizeguppe von 40 tschechischen Lehrern führte, Goldstone aus London für die National Union of Teachers, Kaeppel und Müller aus Berlin vertraten den Deutschen Lehrerverein. Die Begrüßungsrede Kaeppels, die sich über die internationale Verbundenheit und die französisch-deutsche Freundschaft verbreitete, wurde von der Versammlung lebend angehört und mit langanhaltendem Beifall begleitet.

Ein Kongreß des S. N. beschließt sich zunächst mit der Darlegung und Besprechung des allgemeinen Jahresberichts, worin alle Fragen vereinsmäßiger, beruflicher und sozialer Art berührt werden, mit denen sich der Verein im Vorjahresjahr befaßt hat. Es ist dies zugleich ein Jahresabschluss und die Auffstellung eines Aktionsprogramms für das kommende Jahr.

Der Bericht hatte folgende Hauptpunkte: Kampf um die Stellung der Schüler; Zusammenstellung mit Beamtenbund und Gewerkschaftsbund; Vereinsfragen; internationale Beziehungen; Verteidigung der weltlichen Schule; pädagogische Fragen.

1. Der Gehaltskampf. Bemerkenswert ist ein „Schluß, in einem Prüfungsjahr zu intervenieren —“ Bewegung, sich an Prüfungen zu beteiligen —; der Beschluß wurde aufgehoben, nachdem der Finanzminister beruhigende Zusagen gemacht hatte. Es handelte sich um die Erlangung der Gehaltsangleichung mit den Postbeamten und eine der Forderung angepaßte Aufbesserung. Mehrere Sektionen verlangten einen Tadel für die Vereinstellung, die sie vorwarfen, den Kampf schlecht vorbereitet und wegen eines ministeriellen Verprechens zu schnell nachgegeben zu haben. Der Mißtrauensantrag wurde mit 180 gegen 26 Stimmen abgelehnt. Angenommen wird nach einem Bericht von Delmas folgende Entschlieung:

„Der Kongreß nimmt Kenntnis von dem förmlichen Verprechen des Finanzministers und dem Anfordern von gesicherten Krediten seitens der Regierung zur Aufwertung der Gehälter und zur Wiederherstellung der Gleichheit mit den Beamten der Post und der Verwaltung der indirekten Steuern;

er beschließt die Verürkundung der Tätigkeit hinsichtlich der Erhöhung der Anfangsgehälter und der Beschleunigung des Aufstiegs;

er ruft zu einem gemeinsamen Vorgehen aller Organisationen des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes auf, insbesondere der Lehrergruppe;

er bevollmächtigt den Vorstand, eine nachdrückliche Affiche bei den Anhabern der öffentlichen Gewalten einzulegen, einen ernsthaften Werbestich durch Presse und Kundgebungen durchzuführen, ferner fortzuführen, die Masse der Lehrer auf jede etwa nötig werdende Gesamttätion vorzubereiten.“

Ein Antrag, eine gemeinsame Front mit allen Gewerkschaften zu bilden, d. h. auch mit den Organisationen, die der „confédération générale unitaire“ angehören (kommunistische Richtung), vereint nur 22 Stimmen auf sich und ist abgelehnt.

Die Entschlieung zur Gehaltsfrage, nach einer Aussprache angenommen, die sich über einen Tag hinweg, zeigt, welchen Platz das S. N. in der sozialen Organisationsbewegung Frankreichs einnimmt, zeigt den Willen, die dauerhafte Verbindung mit dem Allgemeinen Gewerkschaftsbund, dem Beamtenbund und der Lehrergruppe aufrechtzuerhalten.

2. Zusammenarbeit mit Gewerkschaftsbund und Beamtenbund. — Die unlängst erfolgte Gründung der Lehrergruppe führt den Kongreß zu Besprechungen über die Möglichkeiten des Einbaues dieser Organisation in den Beamtenbund und den Allgemeinen Gewerkschaftsbund.

3. Allgemeine Stabesfragen. Es werden Entschlieungen zu folgenden Gegenständen angenommen:

Heraufhebung der Ruhegehälter nach den neuen Gehältern;

für die höhere Anrechnung der Dienstzeit der Kriegsteilnehmer und Kriegsgefangenen;

für die Erhöhung des von den Gemeinden zu zahlenden Wohnungsgeldes;

für die Anrechnung der unverschuldeten Wartezeit der jungen Lehrer;

für die Erhöhung der Entschädigung für Stellvertretungen;

für die Achtung vor der Meinungsfreiheit der Lehrer;

für die Einhaltung der verwaltungsmäßigen Sicherheiten und gegen die Verletzung im Interesse des Dienstes als ungeschlichtete Disziplinarstrafe.

für die Einrichtung einer Krankenkasse gemeinsam mit dem Beamtenbund, mittelst pflichtmäßiger Gehaltsabzug; für die Bereitstellung von Krediten zur Erneuerung der Schulhäuser und der Schulmöbel.

4. Pädagogische Fragen. Der Berichterstatter Boulanger weist darauf hin, daß die Erziehung des Vereinsgedankens die Beschäftigung mit dem Beruf sei, und daß man sich insbesondere bei der Lehrerbildung befaßt müße.

„Wir werden zu bestimmen haben, was von der Volksschule erwartet wird, und danach richtet sich das Maß der Lehrerbildung. Wir werden zu beurteilen haben, ob die selbständige Lehrerbildungsanstalt weiter zu bestehen habe, sei es in einzelnen Kulturarbeitelagen, die der künftigen Einheitschule entsprechen, sei es in Form von selbständigen Instituten, sei es durch eine Form, die diese beiden Möglichkeiten vereint; immer werden wir uns zu richten haben nach dem Beschluß des internationalen Kongresses von Bellinson, welcher besagt: „Die Lehrerbildung besteht aus der Allgemeinbildung, die auf einer höheren Schule erworben wird, und einer pädagogischen Fachbildung, die von der Universität zu vermitteln ist.“

So nähern wir uns einer wirklichen beruflichen und weltlichen Form der Ausbildung. Die Weltlichkeit ist die uns selbstverständliche und beste Form der Lehrerbildung.“

Der Kongreß erinnert an folgende Beschlüsse der Tagung von Rennes 1929:

a) Vermittlichung einer Volksbewegung zugunsten von Schulreformen (Verlängerung der Schulzeit, Fortbildungsunterricht, Versuchsrichtung).

b) Einrichtung von Forschungsstellen zur Untersuchung der Grundlagen eines vollständigen Unterrichts und der Ausübung gewerkschaftlicher Vorkämpfer.

c) Schaffung von Erziehungsstätten für Arbeiter.

Der Kongreß fordert den Vorstand auf, die vorbereitenden Schritte zur Vermittlichung in verstärktem Maße zu tun, insbesondere alle demokratischen und proletarischen Kräfte lebendig zu machen zur Verteidigung der Weltlichkeit und zur Eroberung der geistigen Freiheit der arbeitenden Klassen.

5. Internationale Fragen. Berichterstatter Klein schildert die Tätigkeit des internationalen Berufssekretariats, das die freigewerkschaftlichen Lehrervereine aus Deutschland, Oesterreich, Belgien, Frankreich, Holland und Duzenburg umfaßt und in die Amsterdamer Gewerkschaftszentrale angeschlossen ist. „Unser Eundrat“, sagt Klein, „ist für eine freie Gewerkschaft, sein höchstes Ziel ist die Umgestaltung der gegenwärtigen sozialen Ordnung. Ich bitte, Ihre Zustimmung zu meinem Bericht in dem Sinne abzugeben, daß unser S. N. allezeit der Amsterdamer Richtung und ihren Zielen treu ergeben bleibt.“

Lapierre spricht über „Schule und Völkervereinbarung“, unmittelbar nach den Ansprachen von Lahnaja, Blafak, Goldstone und Raepel. Die von ihm empfohlene Entschlieung, angelehnt an die von Bellinson, betont den Willen zur Zusammenarbeit mit der national und international organisierten Arbeiterklasse und wird mit allen gegen 2 Stimmen angenommen; sie lautet:

1. Das S. N., international nach zwei Seiten angeschlossen beim Internationalen Berufssekretariat zu Amsterdame und bei der Internationalen Vereinigung der Lehrerverbände, bekräftigt seinen Willen, in Eintracht zusammenzuarbeiten mit der organisierten Arbeiterklasse und den Lehrern aller Länder zur Befreiung der Völker und zur Befestigung des Weltfriedens. Es weist die besondere Aufmerksamkeit seiner Mitglieder auf die künftigen Gefahren hin, die von den Imperialismen drohen;

2. das S. N. betont den Willen der französischen Lehrer, ihren Unterricht im Geist der internationalen Verbundenheit zu erteilen;

3. das S. N. schließt sich an, gemeinsam mit den internationalen Vereinigungen, denen es angehört, alle Möglichkeiten des Kinder- und Lehreraustausches zu verwirklichen.

4. das G. N. begrüßt den Grundgedanken des Völkerverbundes, bebauert aber, daß er zur Zeit nur eine Verbesserung der Regierungen darstellt und wünscht, daß er mehr und mehr die Verbesserung des Willens der Völker werde; das G. N. empfiehlt seinen Mitgliedern, die Idee des Völkerverbundes zu verkünden und den Unterricht über ihn zu vervollkommen. (Lebhafte Beifall.)

Der Kongreß 1930 wird anfangs August in Nimes stattfinden.

Holland.

Von und Niederländische Onderwijzers.

Der 56. Kongreß des „Bond“ war am 27. und 28. Dezember 1929 in Utrecht im Hause der Eisenbahner. Es war eine der schönsten Versammlungen, die die Geschichte des Vereins kennt.

In der Eröffnungsansprache protestierte der Vorsitzende lebhaft gegen die Haltung der Regierung, die darauf beharrt, dem Lehrer ein unzureichendes Gehalt zu geben; er stellt einen heftigen Kampf zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage in Aussicht. Er erinnert an unseren Kampf zugunsten der Einmündung der Schulleiter nach dem Altersgrundsatz, berührt die Rolle, welche die „Nederl. Ond.“ hierbei spielte, stellte fest, daß die Regierung nichts für die Hebung der Schule tue und schloß mit dem Ruf an die Mitglieder, ihre Organisation zu stärken.

Der Konreß hörte Grüße von der Organisation der Beamten des öffentlichen Dienstes (Vertreter Van Neurs), von Tracops (Brüssel), der unter starkem Beifall die Wünsche des Internationalen Berufssekretariats der Lehrer übermittelte, und von Bloemsmä im Auftrag des Lehrervereins von Niederländisch-Indien.

Der Vorstand unterbreitete den Vorschlag, die seit neun Jahren herausgegebene Elternzeitung „School en Huis“ eingehen zu lassen; die Zahl der Bezahler betrug noch 3000, davon die Hälfte Lehrer sind. Der Vorstand hält es für zweckmäßiger, durch geeignete Artikel in der besprochenen Fachpresse der Gewerkschaften an die breite Öffentlichkeit zu gelangen. Die Versammlung stimmte dem Antrag zu.

Der „Bond“ hat zwei hauptamtliche Geschäftsführer, die Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes sind; es wird vorgeschlagen, einen dritten anzustellen, was die Versammlung genehmigt.

Der erste Teil der Abend Sitzung war nicht öffentlich; man besprach die Tätigkeit des Vorstandes und die Leitung der Vereinsblätter. Der Jahresbericht wurde angenommen.

In der zweiten Abend Sitzung ermittelten die beiden Geschäftsführer Posthumus und Thijssen in weit angelegten Vorträgen ihre gegenseitigen Anschauungen über die Frage der Staatsunterstützung der privaten Schulen. Bekanntlich werden in Holland die privaten Schulen seit 1920 vom Staate ebenso unterhalten wie die öffentlichen Schulen. Der „Bond“ hatte eine Kommission beauftragt, einen Bericht über etwaige Möglichkeiten zur Umänderung dieser Sachlage auszubereiten. Die Mitglieder dieser Kommission vertrat in ihrem Bericht den Standpunkt, daß man die Gleichheit der Schularten grundsätzlich aufrechterhalten müsse, aber daß man das Gesetz verbessern müsse, welches die Gleichheit geregelt habe. Die Mehrheit der Kommission vertrat dagegen die Auffassung; es gibt nur eine öffentliche neutrale Staatschule, die Privatschule ist nicht zu unterstützen, wenn nicht zu verbieten.

Posthumus sprach für die Mehrheit der Kommission, Thijssen für die Mehrheit des geschäftsführenden Vorstandes.

Die Versammlung hörte beide Redner mit Beifall an und beschloß die Herausgabe einer Schrift, enthaltend den Kommissionsbericht sowie die beiden Vorträge, um den Einzelvereinen Material zur weiteren Behandlung der Frage zu bieten und dann auf dem nächsten Kongreß einen Beschluß herbeizuführen.

Die Vormittagssitzung des zweiten Tages begann mit den Berichten über die Finanzlage des Vereins; der vorgeschlagene Haushalt wurde genehmigt. Die finanziellen Verhältnisse des „Bond“ sind durchaus gesund.

Darauf besprach man die internationalen Beziehungen; diese Aussprache war deshalb nötig, weil auf den Versammlungen von 1928 und 1929 die Unzulänglichkeit aus Zeitmangel immer zurückgestellt werden mußte; somit waren unsere internationalen Bindungen immer noch vorläufiger Art.

In bezug auf die Zugehörigkeit zum Internationalen Berufssekretariat der Lehrer zeigte sich keinerlei Widerstand, und die Zustimmung wurde einmütig gegeben.

Hinsichtlich des Anschlusses an die Internationale Vereinigung der Lehrerverbände wurde einiger Widerspruch bemerkbar; verschiedene Mitglieder waren der Meinung, daß unter Zusammenhang mit der Gewerkschaftsinternationalen Amsterdam und alle erwünschten internationalen Beziehungen ermöglichte. Erwissen wies die Notwendigkeit nach, durch die J. V. d. L. V. die dauernde Fühlung mit den großen Lehrervereinen aufrechtzuerhalten, und es wurde darauf mit sehr großer Mehrheit der endgültige Anschluß an die große Lehrernationalen genehmigt. Somit ist unsere Lage derjenigen des Französischen Syndicat National gleich.

Zum Schluß der Versammlung erfolgte ein Abschiedswort an den alten Vereinskämpfer Jan de Wit, der sich zur Ruhe zurückzieht. Dieser Dank zeigte sich in einer ergreifenden Kundgebung von kameradschaftlichem Geist; um Jan de Wit, einen der treuesten Streiter für die Befreiung des Lehrerstandes, zu ehren, erhoben sich die Vertreter von ihren Sitzen und stimmten die Internationalen an. Unser alter Freund war tief bewegt, und nach einigen Augenblicken einbrudsvollen Schweigens fand er Worte des Dankes und der Aufmunterung an alle, die noch kampffähig sind, die Ideale des „Bond“ hochzuhalten.

Dies war das erhabende Ende eines Kongresses der Arbeit, aber auch der Begeisterung und Einigkeit, ein Kongreß, wie wir ihn allen unseren ausländischen Freunden wünschen können. Ph. T. Biffen.

Niederländisch-Indien.

Niederländisch Indisch Onderwijzers Genootschap.

Der Verein der Lehrer in Niederländisch-Indien gebürt zur J. V. d. L. V. und hat sich nach seinen Satzungen folgende Ziele gesetzt:

- Art. 1. Die N. J. O. G. will
 - a) die fortgesetzte Hebung des öffentlichen Schulwesens in Niederländisch-Indien, die Förderung des neutralen öffentlichen Schulwesens und des privaten Schulwesens von neutralem Charakter;
 - b) die Wahrnehmung der Interessen der gesamten Lehrerschaft, besonders die Verbesserung der Lehrerbildung und der wirtschaftlichen Lage;
 - c) die Verteidigung der Interessen der Lehrer im Ruhestand, der Witwen und Waisen.

Art. 2 umschreibt die Mittel, durch die die N. J. O. G. ihre Ziele fördern will.

Von diesen Mitteln sei hier angeführt: Schaffung und Pflege von Beziehungen zu anderen Organisationen in Indien und anderwärts.

Hier das Aktionsprogramm:

1. Weitreichende Neuerungung der Lehrerbildung;
2. Neuordnung der Prüfungen;
3. Umbildung der Schulaufsichtsbehörde;
4. Steigerung des Einflusses der Lehrerschaft auf Schulorganisation und Schulverwaltung;
5. Befestigung der Rechtsverhältnisse der Lehrer;
6. Ausreichende Gehälter ohne Unterschied zwischen Lehrern und Lehrerinnen;
7. Die Geschäftsstelle in Holland gibt alle gewünschten Auskünfte über Indien und die Lage der dortigen Lehrer an die, welche eine Anstellung im indischen Schuldienst suchen;
8. Werbung für Schulgesundheitspflege unter Leitung von Schültern;
9. Schaffung eines Gesehes, welches alle europäischen Kinder zum Schulbesuch verpflichtet;
10. Entwicklung des Unterrichtswesens für die eingeborenen Kinder;

11. Pädagogisierung der Elternschaft;
12. Bessere Zusammenhang zwischen Volksschule und höherer Schule;
13. Werbung für Kindergärten.

Vom dem Kongress Ende Dezember 1929 sind neben besondern örtlichen Fragen folgende zwei Punkte zu erwähnen:

1. Kampf gegen die konfessionelle Schule, die ihre Schüler unter den eingeborenen Kindern sucht, auch wenn Kinder und Eltern nicht christlich sind. Ein großer Teil der Kinder besucht diese Schulen nur, weil keine öffentlichen Schulen vorhanden sind. Diese Praxis wird dazu führen, die muslimännische Bevölkerung zu einer Gegenbewegung zu veranlassen, welche dahin münden wird und schon dahin mündet, besonders mohammedanische Schulen zu begründen.
2. Die Frage der Gehälter, die im Vergleich zu denjenigen anderer und weniger vorgebildeten Beamten zu niedrig sind. Insbesondere sind die Lehrer mit dem einfachen Befähigungsnachweis ungenügend bezahlt. A. B. I o e m a.

Lettland.

Latvijas Skolotaju Saveeniba.

Die im Vordergrund stehenden Fragen des letzten Jahres sind folgende:

1. Kampf um die Einheitschule. Wir fordern, daß alle Staatsbürger pflichtgemäß während 6 Jahren die Volksschule besuchen und daß sie dann frei, ohne weiteres Versahren, in die höhere Volksschule oder in eine Berufsschule nach ihrer Wahl eintreten und dann ihre Studien an der Universität beenden können, wenn ihre Befähigung das gestattet.

Dieser Schulaufbau besteht in Lettland seit 10 Jahren, ist aber durch ein neues Gesetz bedroht, das noch nicht vorgelegt ist. Gewisse politische Gruppen möchten die Dauer der Grundschule auf 4 Jahre herabsetzen. Nachher sollten nur die Schüler, die ihre Ausbildung fortzusetzen wünschen, eine Wahlchule besuchen, die nach einem besonderen Programm zu arbeiten hätte.

2. Die Frage der Beaufsichtigung des Religionsunterrichts. Der Lettische Lehrerverein hat eine Entschließung angenommen, in der er Stellung nimmt gegen die Verfügung der Regierung, der evangelisch-lutherischen Kirche folgende Rechte einzuräumen:

- a) das Programm des Religionsunterrichts aufzustellen und den Unterricht zu beaufsichtigen;
- b) konfessionelle Schulen zu errichten.

Die Kirche besch bisher diese Rechte nicht.

Der Lettische Lehrerverein ist der Ansicht, daß diese Bestimmungen der Einheitschule Abbruch tun und Mißbilligkeiten im Erziehungsweisen heraufbeschwenden.

3. Die Rechtslage der Lehrerschaft

- a) Die Schulleiter der lutherischen Schulen sollen nicht mehr von den Mitgliedern der Gemeinderäte gewählt werden; sie können nicht zugleich Schulleiter und Vertreter ihrer Mitbürger in der Gemeindeverwaltung sein;

- b) Nach den geltenden Gesetzen wird der Lehrer gewählt oder abberufen von der Körperschaft, die die Schule gegründet hat und sie erhält. Die Regierungskommission, zu der auch Lehrer gehören, hat die Ernennung oder Absetzung lediglich zu bestätigen. Im Gegensatz zu dieser Praxis zeigen sich Versuche, die Rechte der Lehrer zu schmälern, indem sie durch die Verwaltung gegen ihren Willen inhaftiert werden, ohne die Körperschaften zu befragen, welche Gründe und Unterhaltsträger der Schulen sind.

4. Die wirtschaftliche Lage. Die Lehrergeschlechter entsprechen weder der Bedeutung der Schularbeit noch den Lebenshaltungskosten. Der Verein hat eine Eingabe an das Parlament gerichtet und Gehaltserhöhung verlangt. Um dieser Eingabe Nachdruck zu verleihen, sammelt der Verein alle Lehrpersonen, auch die, welche der Organisation nicht angehören.

5. Krankentasse. Durch Verordnung der Regierung aus dem Jahre 1929 ist die Krankentasse umgestaltet worden:

- a) Die Regierung hat ihre Zuschüsse verringert, was einen Ausfall von 12,5 v. H. der Einnahmen bedeutet.
- b) Entgegen den Grundgedanken des Internationalen Arbeitsamtes besteht der Vorstand der Krankentasse aus mehr Mitgliedern der Arbeitgeber und der Regierung als Arbeitnehmern. Früher war die Leitung in den Händen der Arbeitnehmer, also der Lehrer.
- c) Die Krankentasse der Lettischen Lehrer war bisher eine Berufskasse, und sie hatte unter dieser Leitung ausgezeichnete Erfolge: Erholungsheime, eine Ferienkolonie für Kinder, ein Genesungscamp mit allen modernen Einrichtungen wurden geschaffen. Jetzt löst man diese Kasse auf, um sie anderen Klassen anzugliedern.

Der Verein setzt alle Kraft ein, um die Bestimmungen dieser Verordnung zu mildern und, im ganzen, um die wirtschaftliche und rechtliche Lage der Lehrerschaft zu heben.

Der Verein verfolgt die Behandlung des Gesetzes im Parlament und arbeitet daran, daß das neue Schulgesetz dem demokratischen freiheitlichen Geiste entspreche, der die Grundlage der lettischen Republik ist.

A. C i e t a u f i n, Geschäftsführer. P. R u t a, Vorsitzender.

Schweden.

I. Sveriges Folkollärrådsförbund.

Unsere Jahresversammlung war vom 5. bis 7. August 1929 in Helsingborg. Wie immer war es die Gehaltsfrage, die lange verhandelt wurde. Wie besaßen darauf, daß wir den Beamten mit gleicher Vorbildung und Verantwortungsgleichheit gestellt, also in die 17. Stufe der Gehaltsstaffel eingereiht werden. Auch die Wohnungsfrage wurde besprochen. Die Pläne der Regierung sind noch nicht ganz durchsichtig, wir haben nähere Erklärungen verlangt.

In der letzten Session des „Riksdag“ ist den Lehrern eine um Zeit beschränkte Erhöhung von 288 Kronen bewilligt worden.

Man besprach auch die Frage des längeren Urlaubs. Wenn in Schweden ein Lehrer einen Urlaub nehmen will, muß er beim örtlichen Schulrat „Skolradet“ vorgelassen werden; diese Behörde kann bis zu drei Monaten Urlaub gewähren. Die Versammlung verlangt eine Ausdehnung auf 6 Monate.

Zur Lehrerbildung wurde gefordert, der Unterrichtsminister möge allgemeine Versuche des Wettbewerbs zum Eintritt in die verschiedenen Normalschulen veranstalten. Die Versammlung ist der Ansicht, daß die Frage der Lehrerbildung hinreichend studiert sei, um ins Programm des Vereins aufgenommen zu werden.

Zur Zeit bearbeitet der Vorstand eine Oberfrist über den Stand der Lehrerbildung in den verschiedenen Staaten als Hilfe zur Aufrollung der Frage in Schweden.

E. B j e r f e.

II. Sveriges Allmänna Folkollärrådsförening.

Auf der Tagung vom 2. bis 7. Januar 1930 hat der Vorstand an 80 Fragen behandelt. Es seien hier einige der wichtigsten aufgeführt:

Zur Unterjüngung der Meinung über die Notwendigkeit, die Abgangsprüfungen aus der Grundschule zu verstärken, hatte der Vorstand den Vereinen einen Fragebogen zugesandt. Die Antworten ergaben, daß die Mitglieder eine solche Erzhwerung nicht wünschen. Ein Bericht über das Ergebnis wird dem Unterrichtsminister übergeben werden.

Ein Vorschlag der Vorsitzende für eine vorzellere Art der Lehrereinstellung gemacht. Es soll die Meinung der Mitglieder eingeholt werden.

Ein anderer Vorschlag zum Verbesserungen für die Dauer der Schulprüfung vorgeschlagen. Weitere Unterjüngungen hierüber sollen mittels der J. B. V. V. angehtelt werden.

Die Unterjüngung über eine phonetische Art des Lautsystems soll durch eine gemischte Kommission von Lehrern der höheren, mittleren und unteren Schulen vorgenommen werden.

Die Frage der Lehrerbildung ist ebenfalls von einem befeindeten Ausschuss geprüft worden. Zur Frage der Lehrergelder wurde ausführlich gesprochen. Die Regierung hat eine Kommission eingesetzt, um die Gleichstellung zwischen Lehrern und anderen Beamten zu beraten. Es wird befohlen, daß die Vorschläge dieser Kommission den Erwartungen der Lehrer nicht gerodet werden. Vorkünftig hat das Parlament den Lehrern eine Erhöhung des Gehalts bewilligt. Die Gehälter werden teils vom Staat, teils von den Gemeinden aufgebracht, der Reichstag zeigte sich willig, den Staatsanteil zu erhöhen. Gewisse Gemeinden haben das demütigt, um ihren Anteil um die erhöhten Staatsleistungen zu kürzen, so daß in Wirklichkeit die Aufstellung auf dem Papier stand. Der Minister hat daraufhin erklärt, daß solche Gemeinden die erhöhten Beiträge des Staates nicht mehr erhalten. Die Sache soll im Parlament 1930 entschieden werden.

Die Zahl der stillen Lehrer ist gestiegen; der Vorstand spricht sein Bedauern aus, daß mehr Lehrer ausgebildet werden als der Bedarf erfordert.

Mit Hilfe von Unterrichtsingenieur konnte der Verein an verschiedenen Orten Vorlesungen für Erdkunde, Naturkunde und Zeichen stattfinden lassen. Lehrliche Kurse sollen im Sommer folgen.

Der Vorstand war stets darauf bedacht, gute Beziehungen zu den Lehrern des Auslandes zu unterhalten. Eine besondere Klumpenung bei Völkerfrieden erbringt sich. Das einst kriegerische Schwedische Volk ist seit über einem Jahrhundert an Frieden gewohnt und betrachtet alle Völker als seine Freunde.

Der Verein befaßt seine Sympathie für den Friedensgedanken durch Beihilfen an Friedensorganisationsstellen und durch Beteiligung an einer skandinavischen Kommission zur Prüfung der in den nördlichen Ländern gebräuchlichen Geschichtsbücher.

Natürlich wurde die bevorstehende Jubelfeier des Vereins beraten, und wir hoffen, daß zahlreiche Kollegen aus dem Auslande aus diesem Anlaß nach Stockholm kommen.

Jenny Wahlman.

Schweiz.

Schweizerischer Lehrerverein.

Die Vertreterversammlung war am 29. und 30. Juni in St. Gallen. Sie nahm den Jahresbericht und die Kassenerichte entgegen.

Ferner befaßte man sich mit einer Bitte der Zürcherischen antimilitaristischen Kollegen. Diese Gruppe wünschte das Recht, ihre Versammlungen in der Schweizerischen Lehrzeitung anzugehen. 1928 hatte die Versammlung die Sache vertagt und genauere Auskunft gefordert. Diesmal waren Zweifel und Befürchtungen zerstreut, und die Genehmigung wurde erteilt.

Eine Neuordnung der Satzungen, in Abschnitten wohl vorbereitet, wurde reich erliebt. Im ganzen ist wenig geändert worden; die Satzungen wurden klar gestellt.

Nach alter Gewohnheit wurde eine pädagogische Frage erörtert, diesmal über „Schule und moderne Psychologie“. Die vorgerückte Stunde gestattete leider keine Ausprägung. Ruppert, Präsident.

Tschechoslowakei.

Deutscher Lehrerbund im tschechoslowakischen Staat.

Der Verein hielt seine Jahresversammlung am 5. und 6. Oktober 1929 in Prag ab. Die Vertreterversammlung ist die höchste Vereinsinstanz. Außer den Ausschüssen nehmen die gemählten Vertreter teil; auf je 200 Mitglieder entfällt eine Stimme. Ein Vertreter kann bis zu 6 Stimmen auf sich vereinigen. In Prag waren etwa 100 Vertreter.

Die Tagesordnung umfaßte den Bericht des Vorherrschenden R o h n zur allgemeinen Lage, einen sehr ausführlichen Bericht des Geschäftsführers B r u š a über die Tätigkeit des Vorstandes und der Ausschüsse, einen über die Krankenkasse, einen Bericht von E n d l e r über die Gehaltsfrage, den allgemeinen Kassenericht, erstattet von G r o s s e l. Daneben sollte das Programm für 1930 aufgestellt werden.

Bei der Vorstandswahl wurde Reidenberg einstimmig als Sitz der Leitung wiedergewählt, ebenso der Verfassende Kohn.

Folgende Entschlüsse wurden einhellig angenommen:

1. Zur Lage.

Die letzte Regierung, von der Mehrheit des Parlaments getragen, hat fast nichts für die Schule getan; eine Reihe von Entwürfen, die vom Unterrichtsminister vorbereitet wurden, sind nicht zur parlamentarischen Verhandlung gelangt.

Die Grundfrage der Schulautonomie hat von der Regierung keine Förderung erfahren. Im Gegenteil ist die rücksichtlose Entwurf über die Neuordnung der Schulverwaltung eine Verschlechterung des bisherigen Zustandes. Es schafft eine feltarme Art von deutschen Abteilungen in der provinziellen Schulräten mit tschechischer Mehrheit.

Die Verbesserung der Lehrerbildung, seit 10 Jahren studiert, harret immer noch der Verwirklichung. Es ist beklagenswert, daß die Lehrer durch die Zurückhaltung der Regierung genötigt sind, sich selber zu helfen, und daß z. B. die tschechische Lehrerschaft genötigt war, mit Hilfe fortschrittlicher Professoren aus eigenen Mitteln eine pädagogische Akademie in Brünn zu schaffen.

Die innere Umorganisation der Schule kommt vor lauter theoretischen Erörterungen nicht zustande, während andere Kulturländer vorwärts schreiten. Die neuen Lehrpläne, seit 10 Jahren in Beratung, sind noch nicht erschienen.

Der Gesetzentwurf über einen weiteren Jahreskurs an den Volksschulen ist noch nicht an das Parlament gegangen; seine Annahme erscheint bei der finanziellen Lage ernstlich bedroht. Ebenso kommt seit 10 Jahren der Gesetzentwurf über die Einrichtung von Kindergärten nicht zum Ziel.

Die Rechte der Lehrerschaft sind immer noch nach dem Beamtenstatut von 1917 geregelt, obgleich die Lehrer oft genug eine Anpassung ihres Rechts an die Formen eines demokratisch-sozialen Staates verlangt haben.

So ist das Verhalten der Regierung in allen Schul- und Erziehungsfragen ein willkürlicher Verzicht, ein beunruhigender Stillstand, selbst ein Rückschritt. Darum besiegelt die Lehrerschaft das Ende dieses Parlaments als eine Zeit, die für die Schule nichts geleistet hat. Die Versammlung erwartet vom kommenden Parlament ein besseres Verständnis für die Erziehungsfragen und die Erfüllung der zurückgestellten Wünsche.

2. Die Gehaltsfrage.

Seit 1926 verlangt die Lehrerschaft mit den Beamten eine Festsetzung der Gehälter, die durch die Steuerung und die Artikel 103 und 104 des Gesetzes gerechtfertigt ist.

Die fortschreitende Steigerung der Preise aller unentbehrlichen Lebensbedürfnisse, die Erhöhung der Wohnungsmieten, die Wertuerung der Kopien erheischen eine dringliche Verbesserung des Gehaltsgesetzes.

Die notwendigen Summen zum Ausgleich der Gehälter mit dem steigenden Anber der Lebenshaltung muß der Staat zur Verfügung stellen, denn nach den amtlichen Statistiken hat die Mehrzahl der Steuerung die der Gehälter weit überschritten. Die Steuern sind im Vergleich zur Vorkriegszeit folgendermaßen gestiegen:

1924	10,9	fach
1925	11,3	„
1926	12,8	„
1927	13,6	„

Dagegen sind die Beamten- und Lehrergehälter nur um das Sechsfache gestiegen, die der Ruhegehaltsempfänger nur fünfmal.

Der Verein erwartet von der kommenden Volksvertretung eine annehmbare Aufbesserung für die Aktiven und die Aufhoerung der Ruhegehalter.

3. Die Beamten-Krankenkasse.

Die Vertreterversammlung erhebt lebhaften Einspruch dagegen, daß die Versicherten neue Lasten auf sich nehmen sollen. Insbesondere mißfällt die Herabsetzung der Leistungen. Es erwartet einen Umbau der Kasse zum Vorteil der Versicherten. Sie nimmt mit Erhalten den Bericht

über die schlechte Finanzlage der Staße entgegen, die um so unerklärlicher sei, als die Mitglieder sich über die mäßigen Leistungen beschwerten. Die Versammlung fordert, daß die Vorschläge der Staßenleitung zur Erleichterung ärztlicher Anordnungen zurückgezogen werden.

R o ſ ſ n, Obmann.

Tschekoslowakischer Lehrerverein. — Svaz ucitelstva Ceskoslovenskeho.

Die Vertreterversammlung findet alle 2 Jahre statt; die letzte war im November 1928. 1929 tagten die Vorstände und die Hauptversammlungen der Landesverbände, aus denen der Verein besteht.

Unter den angenommenen Beschlüssen seien genannt:

1. Erhöhung der Gehälter nach der Nebensatz 10, die dem Anber der seit 1914 eingetretenen Preissteigerung entspricht.
2. Ueberführung der Lehrergehälter in den Staatshaushalt. Zur Zeit werden die Gehälter aus dem Haushalt der einzelnen Landesgebiete mit Staatsbeiträgen bezahlt.
3. Uebernahme der Lehrerschaft in die Staatsbeamtenförperschaft.
4. Trennung der Schulverwaltung von der allgemeinen Verwaltung.
5. Einrichtung von Lehrerräten mit dem Recht der Vertretung in den Instanzen für die Ernennung der Lehrer.
6. Zurückdämmung des kirchlichen Einflusses auf das öffentliche Schulwesen.
7. Lehrerbildung auf der Universität (mindestens zwei Jahre).
8. Umgestaltung des Schulaufbaus durch Vereinigung der gehobenen Volksschule mit den entsprechenden Klassen der höheren Schule, so daß auch für die Jahrgänge vom 11. bis 15. Lebensjahre die Einheitschule hergestellt ist.
9. Erleichterter Uebergang von der gehobenen Volksschule (Bürgerchule) zur höheren Schule als Uebergangsmaßnahme zur Einheitschule. Vorlage eines Gesetzes über obligatorische Bürgerchulen, gemeinsam für mehrere Ortshafte; sie sind von den beteiligten Gemeinden zu unterhalten.
10. Einrichtung eines pädagogischen Instituts.
11. Einrichtung einer Zentralfstelle für Erziehungsreform im Unterrichtsministerium.
12. Herausgabe neuer Lehrpläne im Geiste moderner Erziehungsgrundsätze.

* *

Bemerk sei noch, daß der „Svaz“ ein öffentliches Preisaus schreiben mit drei Preisen ausgestattet ausgeschrieben hat, um eine literarisch wertvolle Arbeit über die demokratische Gestalt der Schule zu erhalten. Die Schrift soll Ziele und Mittel der Erziehung, den Aufbau des Schulwesens, den philosophischen und moralischen Unterricht behandeln. Es soll eine Symbiose zwischen theoretischen Gedanken und praktischen Möglichkeiten gezeigt werden, wie man eine Politik öffentlicher Erziehung mit der Wahrung vor der vollsmäßigen Persönlichkeit verbinden kann.

V l a ſ a f, Generalsekretär.

Jugoslawien.

Udruzenje Youngoslovenskog Ucitelstva.

Unsere Jahrestagung war am 16. und 17. August 1929 in Zagreb. Außer den inneren Vereinsgeschäften wurde über die Frage der Wölferverbindung gesprochen; folgende Entscheidung wurde angenommen:

„Die auf dem Sonareh zu Zagreb versammelte jugoslawische Lehrerschaft beschließt nach Anhörung eines Berichts von Herrn Zichomir Kostich über „Die Schule im Dienste der Wölferannäherung“

- a) nach allen Kräften die Jugend im Geiste der Wölferverbindung zu unterrichten und auf diese Weise der Aufrechterhaltung des Friedens zu helfen. Ihre Tätigkeit auf dem pädagogischen Gebiete wird sich stets dem Geiste von Vocarno und die Empfehlungen des Wölfer-

bundes zur Richtschnur nehmen. Aus den Schulbüchern sind jene Stellen zu entfernen, die Mißverständnisse und Haßgefühle gegen andere Wölfer in der Seele der Jugend hervorrufen.

- b) Die jugoslawischen Lehrer verpflichten sich, ihre Schüler zur Achtung vor dem eigenen Wölfe so gut wie vor anderen Wölfern zu erziehen; Zivilisation ist Gemeingut aller Wölfer.

Sie glauben, daß die Wölfer in einem auf Gerechtigkeit gegründeten Frieden leben wollen und daß es die Aufgabe der Lehrer ist, beherrschte Wölfer aus der Schule fernzuhalten; nationale Wölfer sollen empfohlen werden, wenn sie in alle Sprachen überseht und in allen Schulen gebraucht werden können. Die Jugend soll mit den Zwecken und Gedanken des Wölferbundes vertraut gemacht werden; ein systematischer Lehrer- und Schüleraustausch ist anzustreben. Die jugoslawischen Lehrer versprechen, ihr Möglichstes zu tun, um den Zustand des Friedens und Vertrauens zwischen den Wölfern herbeizuführen.“

D a n M i l a n o v i ſ ſ ſ, V l a d a R. P e t r o v i c, Sekretär. Präsident.

Untersuchung der wirtschaftlichen Lage der Lehrerschaft.

Schweiz: Societé pédagogique Romande.

Bei der Vielheit der Gehaltsstufen in den einzelnen Kantonen geben wir die Zahlen aus den Kantonen Waadt, Neuchâtel und Genf (in Schweizer Franken).

Die Jahresgehälter sind:

W a a d t :

a) Lehrer 4000—6500 Fr.

b) Lehrerinnen 3500—5000 "

Zusammen freie Wohnung oder Wohnungsgeld, mindestens 600 Fr. für den Lehrer, 500 Fr. für die Lehrerin.

N e u c h â t e l :

a) Lehrer 4000—7200 Fr.

b) Lehrerinnen 3600—4800 "

G e n f :

Die Gehälter sind gleich für Lehrer und Lehrerinnen.

Nicht fest angelegt: 1. Jahr 1800 Fr.

Nicht fest angelegt: 2. und 3. Jahr 3000 "

Lehrer 4200—5000 "

Schulleiter 5200—7600 "

Das Höchstgehalt wird erreicht: in Waadt nach 18 Jahren, in Neuchâtel nach 19 Jahren, in Genf nach 23 Jahren. Der Aufstieg geht nach dem Dienstalter; ein Vorriiden nach behördlicher Wahl gibt es nicht.

Jährliche Durchschnittsgehälter auf 35 Dienstjahre berechnet:

Waadt: 6321 Fr. (600 Fr. Wohnungsgeld inbegriffen).

Neuchâtel: 6343 Fr. (abgegeben von einzelnen örtlichen Zulagen).

Genf: 6331 Fr. (mit jährlicher Zulage).

Zulagen zum Gehalt:

Waadt: Wohnungsgeld wie oben angegeben.

Neuchâtel: örtliche Zulagen von 150—400 Fr., in einzelnen Städten.

Genf: jährliche Zulage von 180 Fr. für Lehrer, 360 Fr. an Schulleiter, 400 Fr. an verbeiratete Schulleiter.

Anbegehälter:

a) Dienstalter.

Waadt: nach 35 Jahren für Lehrer, 30 Jahren für Lehrerinnen.

Neuchâtel: nach 35 Jahren für Lehrer, 30 Jahren für Lehrerinnen.

Genf: nach vollendetem 50. Lebensjahr und 25jähriger Leistung von Beiträgen, oder nach dem 60. Lebensjahr überhaupt.

b) Leistungen der Lehrer.

Waadt: 6 v. H. des Gehalts, dazu je 6 Monate Verzicht auf die alle 3 Jahre eintretende Gehalts-erhöhung.

Neuchâtel: Jährlich 260 Fr. Beitrag.

Genf: 4/5 v. S. des Gehalts, dazu Verzicht auf ein Drittel der jährlichen Gehaltsverhöhung.

c) Berechnung des Ruhegehalts.

Waadt: 60 v. S. des letzten Gehalts. Höchstgehalt 6000 Fr.

Neuchâtel: Bei 30 Dienstjahren 2400 Fr., weiterhin weitere 10 Jahre 120 Fr. Steigerung pro Jahr.

Genf: Mindestens 24,2 v. S. des Gehalts, höchstens 75 v. S., je nach der Beitragsleistung.

Verheiratete Lehrerinnen.

Waadt: Ein Gesuchvorschlag, zur Zeit in Beratung, will die verheiratete Lehrerin aus dem Amt entfernen. Der Vorschlag begegnet einem starken Widerstand in vielen Kreisen.

Neuchâtel und Genf: Die verheiratete Lehrerin bleibt im Amt.

F. Chable, Sekretär.

Schweizerischer Lehrerverein.

Es kommen die Verhältnisse der beiden bestabgebenden Kantone (Bern und Zürich) und die am wenigsten abgebenden Kantone (Basel-Land und St. Gallen) zur Darstellung.

Zürich.

1. Zürich-Land: Gehalt in einem Dorfe von etwa 600 bis 800 Einwohnern. Das Gehalt ist für Lehrer und Lehrerinnen, verheiratet oder ledig, gleich.

Primarlehrer: Mindestgehalt 3800 Fr., Höchstgehalt 5000 Fr., dazu freie Wohnung.

Sekundarlehrer: 4800 bis 6000 Fr., dazu freie Wohnung.

Das Höchstgehalt wird nach 12 Jahren erreicht durch Altersvorrückung.

Durchschnittsgehalt im Jahre: Primarlehrer 4400, Sekundarlehrer 5400 Fr.

Gehalt in einer Ortschaft von etwa 5000 Einwohnern.

Primarlehrer: Mindestgehalt 4700 Fr., Höchstgehalt 7500 Fr. (Wohnungsgeld inbegriffen).

Sekundarlehrer: Mindestgehalt 5700 Fr., Höchstgehalt 8500 Fr. (Wohnungsgeld inbegriffen).

Das Höchstgehalt wird durch Altersvorrückung in 12 Jahren erreicht.

Durchschnittsgehalt im Jahre: Primarlehrer 6300, Sekundarlehrer 7300 Fr.

2. Zürich-Stadt:

Primarlehrer: Mindestgehalt 5832 Fr., Höchstgehalt 8280 Fr. (Wohnungsgeld einschli.).

Sekundarlehrer: Mindestgehalt 6900 Fr., Höchstgehalt 9492 Fr. (Wohnungsgeld einschli.).

Das Höchstgehalt wird in 12 Jahren durch Altersvorrückung erreicht.

Jährliches Durchschnittsgehalt: Primarlehrer 7050 Fr., Sekundarlehrer 8200 Fr. Familienzulagen gibt es nicht; auch keine sonstigen Vergünstigungen für Eisenbahn usw.

Bern.

I. Gehälter.

1. Gehälter auf dem Lande (nach dem Gesetz vom 21. März 1920):

Lehrer 3500 Fr., Lehrerinnen 2850 Fr. Handarbeit je Klasse 450 Fr. Lehrer in höheren Klassen erhalten 500 Fr. Zulage. Vom 4. Dienstjahre ab jährlich 125 Fr. Zulage, 12 Jahreszulagen. Dazu kommt: eine angemessene Dienstwohnung, 9 Eter Holz, 18 Ar Ackerland. Diese Naturalleistungen können nach Vereinbarung in Geld abgelöst werden. (Defret vom 29. März 1920).

Sekundarlehrer erhalten mindestens 5500 Fr., Sekundarlehrerinnen 4700 Fr., Handarbeitslehrerinnen 500 Fr. pro Klasse.

Aufrückung erfolgt wie bei den Primarlehrern. In Gemeinden, die die Naturalleistungen in bar bezahlen, hat der Sekundarlehrer mindestens 1000 Fr. im Jahre mehr als der Primarlehrer.

2. Stadt Bern:

Lehrer an Volksschulen	8340—11280 Fr.
Sekundarlehrer	7260—9960 "
Lehrerinnen an Gymnasien	7020—9480 "
Sekundarlehrerinnen	6240—8460 "
Primarlehrer	6240—8760 "
Primarlehrerinnen	5520—7440 "

Besondere Familienzulagen gibt es nicht, auch keine sonstigen Vergünstigungen.

II. Ruhegehalt, Krankheit, Dienstunfähigkeit.

Mit 65 Jahren können Lehrer, mit 60 Jahren Lehrerinnen in den Ruhestand überreten. Bei Krankheit und Dienstunfähigkeit früher. Das Ruhegehalt richtet sich nach den Dienstjahren. (Art. 29 der Statuten der Versicherungsstelle für Lehrer.) Der Lehrer zählt 5 v. S., der Staat ebenfalls. Das Ruhegehalt steigt von 30 v. S. auf 70 v. S. des Gehalts.

Bei Erkrankung wird das volle Gehalt weitergezahlt. Für die Kosten der Vertretung zahlt der Staat die Hälfte, die Gemeinde ein Viertel, die Vertretungsstelle der Lehrer das letzte Viertel. (Jährlicher Beitrag für Lehrer 12 Fr., für Lehrerinnen 18 Fr.) Der Erkrankte kann sich zwei Jahre lang vertreten lassen.

Verheiratete Lehrerinnen können im Amt bleiben. Erkrankte Lehrer können sich nach 2 Jahren endgültig oder einseitig in den Ruhestand versetzen lassen. Während der Krankheit kann ihre Stelle ihnen vorbehalten bleiben, falls die Gemeinde einverstanden ist.

Basel-Land.

Primarlehrer: *Mindestgehalt 4200 Fr., *Höchstgehalt 6600 Fr.

Primarlehrerinnen: *Mindestgehalt 3600 Fr., *Höchstgehalt 5700 Fr.

Sekundarlehrer: *Mindestgehalt 5400 Fr., *Höchstgehalt 7800 Fr.

Sekundarlehrerinnen: *Mindestgehalt 4700 Fr., *Höchstgehalt 6800 Fr.

Das Höchstgehalt wird nach 12 Jahren erreicht.

Vorrücken regelmässig.

Jährliches Durchschnittsgehalt:

Primarlehrer 5700 Fr.

Primarlehrerinnen 4800 "

Sekundarlehrer 6900 "

Sekundarlehrerinnen 5900 "

Familienzulagen werden nicht gewährt, Wohnungsgeld ist inbegriffen.

St. Gallen.

Primarlehrer: *Mindestgehalt 4400 Fr., *Höchstgehalt 8300 Fr.

Primarlehrerinnen: *Mindestgehalt 3670 Fr., *Höchstgehalt 6920 Fr.

Sekundarlehrer: *Mindestgehalt 5300 Fr., *Höchstgehalt 9200 Fr.

Sekundarlehrerinnen: *Mindestgehalt 4420 Fr., *Höchstgehalt 7670 Fr.

Das Zeichen * will nicht heißen, daß beispielsweise ein Lehrer überall von 4400 bis 8300 Franken erhält. Es will besagen, daß es Ortschaften gibt, wo ein Lehrer im Höchstgehalt 4400 Franken bezieht, daß es aber Orte gibt, z. B. die Hauptstadt des Kantons, wo ein Höchstgehalt von 8300 Fr. gewährt wird.

Das Höchstgehalt wird im normalen Ausfalle nach 12 Jahren erreicht.

Jährliches Durchschnittsgehalt für Primarlehrer 4865 Fr., für Primarlehrerinnen 4240 Fr., für Sekundarlehrer 5760 Fr. Familienzulagen und besonderes Wohnungsgeld sowie andere Vergünstigungen gibt es nicht.

Ruhegehälter.

A. Kanton Zürich.

a) Das gesetzliche Alter für Übertritt in den Ruhestand ist 65 Jahre. In diesem Zeitpunkt beträgt das Ruhegehalt 80 v. S. Mit 70 Jahren ist der Ruhestand gesetzlich vorgeschrieben. Mit 30 Dienstjahren ist der

Uebergang in den Ruhestand gestattet, bei 50 v. H. des zuletzt bezogenen Gehalts.

Im Krankheitsfall kann man noch früher in den Ruhestand treten; die Höhe des Ruhegebhalts wird in jedem besonderen Fall durch die kantonale Regierung festgesetzt.

Die Stadt Zürich wie noch einige andere Ortschaften erhöhen das Ruhegehalt durch eine Summe aus der Gemeindefasse.

- b) Beiträge der Lehrer. Die Lehrer brauchen keine Beiträge zum Ruhegehalt zu leisten; der Staat trägt die Lasten allein.
- c) Durchschnittliches jährliches Ruhegehalt: Landprimarlehrer: 4000 Fr., Kantonslehrer: 4800 Fr., Primarlehrer der Stadt Zürich: 5800 Fr., Sekundarlehrer der Stadt Zürich: 6650 Fr.

B. Kanton Bern (wie A.).

C. Kanton Basel-Land.

- a) Das Ruhegehalt wird nach 40 Dienstjahren gewährt. Bei Krankheit oder Dienstunfähigkeit kann man früher in den Ruhestand gehen oder die Arbeit aufsehen.
- b) Beiträge für die Ruhegehaltskasse richten sich nach dem Alter, in dem man betritt.

Vom 20. bis 25. Lebensjahre jährlich . . .	131,— Fr.
Bei 30 Jahren jährlich	173,50 "
Bei 35 Jahren jährlich	233,50 "
Bei 40 Jahren jährlich	320,— "
- c) Höchste des Ruhegebhalts 55 v. H. des Endgehalts.

Primarlehrer	3600 Fr.
Primarlehrerin	3200 "
Sekundarlehrer	4000 "
Sekundarlehrerin	3600 "

D. Kanton St. Gallen.

- a) Die Altersgrenze ist 65 Jahre bei Lehrern, 60 Jahre für Lehrerinnen.
- b) Die Lehrer haben 225 Fr. jährlich.
- c) Es werden 34 v. H. des Höchstgebhalts als Ruhegehalt gewährt.
- d) Das Ruhegehalt beträgt höchstens 2800 Fr. Die Lehrer müssen mit 68 Jahren, die Lehrerinnen mit 62 Jahren in den Ruhestand übertreten.

III. Krankheiten.

A. Kanton Zürich.

Das volle Gehalt wird während zwei Krankheitsjahren gezahlt. Nach Ablauf von zwei Jahren erfolgt Pensionierung. In diesem Falle richtet sich die Höhe des Ruhegebhalts nach dem Dienstalter und der Schwere des Falles.

B. Kanton Bern (wie A.).

C. Kanton Basel-Land (wie A.).

IV. Versorgung der Hinterbliebenen.

A. Kanton Zürich.

a) Eine Witwenpension wird der Witwe eines Lehrers oder dem Witwer einer Lehrerin bis zur Wiederverheiratung gewährt.

- b) Die Höhe des Witwengeldes ist 1800 Fr.
- c) Waisen, die Vater oder Mutter verloren haben, erhalten, falls Vater oder Mutter dem Lehrkörper angehört haben: 600 Fr. das jüngste Kind, jedes andere Kind bis zu 20 Jahren 400 Fr. Vollwaisen erhalten: 1200 Fr. das jüngste Kind, jedes andere Kind bis zu 20 Jahren 800 Fr. Die Angehörigen von ledigen Lehrern und Lehrerinnen erhalten jährlich 1800 Fr., wenn sie auf den Unterhalt durch den Verstorbenen oder die Verstorbene angewiesen waren.

B. Kanton Bern (wie A.).

C. Kanton Basel-Land.

- a) Eine Lehrermittelperson erhält Witwengeld bis zur Wiederheirat.
- c) Die Höhe ist 1800 Fr. für die Witwe, 300 Fr. für jedes Kind bis zu 18 Jahren. Vollwaisen erhalten 700 Fr. bis zum 18. Jahre.

Die Frage der Wölkerverförmung.

Deutsche Lehrerverammlung in Treddes zu Pfingsten 1929.

Die eine der beiden Verhandlungsfragen war die Beschäftigung mit Art. 148 der Weimarer Verfassung, die von der Erziehung im Geiste des Volkstums und der Wölkerverförmung spricht. Wir geben einige charakteristische Auslassungen aus der Verammlung wieder.

Mr. Cowen, Präsident des Englischen Lehrervereins:

Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es ist für mich ein ehrenvolles Vorrecht, daß ich von dem Englischen Lehrerverein ermächtigt worden bin, Ihnen die wichtigsten guten Wünsche von 130 000 Ihrer Mitarbeiter in England und Wales zu überbringen. Die besten Wünsche, nicht nur für den Erfolg Ihrer diesjährigen Verammlung, sondern auch für den dauernden Erfolg Ihres großen Vereins in der wichtigen Erziehungsarbeit. Was ist Erziehung in ihrem weitesten Sinne? Fürsorge für die Jugend, Fürsorge für ihr körperliches, geistiges und sittliches Wohlergehen. Das sollte zugleich das Ziel und Lebenswerk jedes Politikers, jedes Geistlichen, jedes Sozialarbeiters, aller Eltern und eines jeden Lehrers sein. Und doch kann dieses Ziel nur dann vollkommen erreicht werden, wenn Frieden zwischen den Völkern herrscht und wenn wir wirklich die Bedeutung des Begriffs der menschlichen Brüderlichkeit voll verstehen.

Ich bin tiefinnerst davon überzeugt, daß der Weltfrieden in den Händen der Lehrer liegt. Wir, die wir in ständiger Berührung mit dem neuen Geschlechte während seiner wichtigsten und empfänglichsten Jahre sind, wir, deren Worte die Kinder vertrauensvoll als engültig hinhören, wir können viel tun, nicht dadurch, daß wir trodene Verbrüden über den Frieden halten, sondern dadurch, daß wir gleichmütig und dauernd die Aufmerksamkeit hienieden zu den hohen Künsten des Friedens und nicht auf kriegerischen Glanz und Ruhm.

Ich bin der festen Meinung, daß, wenn wir Lehrer in diesem Sinne arbeiten, wir mehr schaffen können als der Politiker, mehr als die Regierung, mehr als Politiker, um den Weltfrieden auszubringen.

Ich fühle, daß ich die Wünsche und Bestrebungen zweier großer Lehrervereine ausdrücke, zweier Organisationen, deren Mitglieder niemals vergessen sollten, daß sie gemeinsamer Abstammung sind. Und darum wünsche ich Ihnen nochmals allen Erfolg für Ihre Verammlung und für die Arbeit, die vor Ihnen liegt. (Beifall)

Dumas (Paris), Vertreter des Französischen Lehrervereins, zugleich Generalsekretär der Internationalen Verammlung der Lehrerverbände:

Meine Damen, meine Herren, Kollegen aus Deutschland. Aus Frankreich bin ich gekommen, um Ihnen die Grüße von 78 000 Lehrerinnen und Lehrern vom Syndicat National zu überbringen.

Lehten Monat sind von 370 Departementsräten nicht weniger als 350 Sitze bei der Wahl dem Syndicat National zugefallen. Dieser Verein stellt sich die fast einstimmige Meinung der französischen Lehrerschaft dar, und ich stehe hier als Beauftragter des Vereins, um Ihnen unsere guten Wünsche für den vollen Erfolg der Arbeiten Ihres Kongresses zu überbringen.

Sie sind überzeugt, daß ich hier keine Worte bloßer Höflichkeit zu Ihnen spreche. Ihre gemeinsamen Bemühungen für die Verbesserung des Schulwesens gleichen vollkommen den unseren. Unser Streben läuft parallel und unsere Anstrengungen sind den Ihrigen verbunden. Es ist kein Zufall, daß dieselben Schulfragen, die Sie auf Ihrer Verammlung behandeln, bei uns im gleichen Sinne bearbeitet werden.

Ihr Kampf zugunsten der gemeinsamen Schule, Ihr Eintreten für die Grenzziehung zwischen Staat und Kirche, Ihre Bemühungen für die Ausbildung der Lehrer durch hochschulmäßige Methoden, Ihre vorerhebenden Verhandlungen über die Verbesserung der Völkerverförmung sind sehr nahe mit den wesentlichen Aufgaben des Syndicat National.

Diese Uebereinstimmung ist gleichzeitig eine verbundene Arbeit. Auf allen diesen Gebieten ist Ihr Erfolg auch unser Erfolg; alle gesellschaftlichen Vorgänge haben ihre Weiterentwicklung von einem Volk zum anderen und bilden eine zusammenhängende Kette.

Die Nationen leben nicht mehr in glänzender Vereinigung. Der Wissenschaftler von heute ist nicht mehr der Ahnheil des Mittelalters, der seine Formeln und seine Geheimnisse eiferrüchtig für sich behält; die Wissenschaft ist sozial und allgemein geworden. Selbst der politische Mensch, der die unbedingte Dobheit seines Staates verkündigt, ist nicht mehr der Nachhaber kleiner Gebiete alten Stils, der sich mitränsch hinter aufgeführten Mauern einschließt. Auch die Männer der Wissenschaft brauchen einander, wenn sie auch unter verschiedenen Nationen wohnen.

Die menschliche Gemeinshaft fängt an zu wachsen und sich zu fügen, auf geistigen wie auf wirtschaftlichen Gebieten. Es ist nicht die Zeit, die einst Immanuel Kant voraus sagte mit den Worten: „Wenngleich die Herren der Welt vom Krieg verschlungene Seelen nicht der öffentlichen Erziehung widmen, finden sie es doch eines Tages nützlich, die Kräfte der Völker auf den Frieden zu lenken. Und schließlich wird der Krieg nicht nur immer schwieriger, immer kostspieliger und doch von einem ungewissen Ausgang sein, so daß die Schuldlast der Staaten dahin führen wird, zu schiedsgerichtlichen Verfahren zu greifen und die Welt zu einem großen Staatenkörper zu machen, wovon uns die Geschichte bis jetzt kein Beispiel gezeigt hat.“ Ich füge hinzu, meine deutschen Kollegen, daß ich der Grubhoffnung meiner französischen Kollegen den Anruf unserer gemeinsamen Verbundenheit anschließen möchte. Ich möchte das Gefühl des gegenseitigen Vertrauens in uns wachrufen. Die Kriegsurfachen sind gewiß verschiedenartig und tief, aber der blutige Haß nährt sich von der Entfremdung der Völker. Blindes Mißtrauen wird gefät, sei es aus Dummheit oder aus falsch verstandenen Interesse oder aus barbarischer Geninnung, und schließlich werden die Menschen, trunken von Haß und Furcht, reis für das schrecklichste aller Abenteuer. So wächst wie eine Geisteskrankheit der Völker eine Waffenepidemie, die dahin führt, daß einer die Sandlungen des Nachbarn gewohnheitsmäßig als bödsartig ansieht. Die Verherrlichung des nationalen Ehrgeißs geht bis zum Größenwahn, und am Ende führen sich zwei unglückliche Völker in brüdermörderischer Wut aufeinander.

Deutsche Kameraden, hört nicht auf die vergiftete Stimme des Mißtrauens! Euch sagt man: „Traut nicht ihren schönen Worten!“ Ans sagt man: „Gebt acht! Laßt Euch nicht von ihren Freundschaftsbeteuerungen einfangen!“ Diese Weise der Verleumdung hören wir auf verschiedenen Instrumenten. Hört nicht auf eine gewisse Presse, die den niederen Leidenschaften des Neides und der Eifersucht schmeichelt. Wenn ich daran denke, daß Ihr glauben konntet, wir seien Militaristen, wo wir doch Jagen dürfen, daß unser Kampf gegen Krieg und Völkerruß heute eine Fortsetzung einer wahrhaften Ueberlieferung ist. Ihr wißt, mit welcher Entkraft wir im ganzen Lande einen Fehzug gegen jene Zücher geführt haben, die beherrschend Charakter haben. Heute würde kein Verleger es wagen, ein solches Buch herauszubringen, das von uns so wirksam verstimt werden würde, daß er sich vor der Unerschütterlichkeit fürchten müßte. Wir kennen uns eben immer noch zu wenig. Wir kennen uns meist nur aus den kindlichen falschen Bildern gewisser nationaler Typen, die seine Wirklichkeit haben. Wir erhalten zurechtgemachte oder entstellte Beschreibungen aus der Feder von flüchtigen Berichterstattern, und erst wenn ein Ereignis kommt, wie etwa die Landung des Sappellin, dann zeigt sich die wahre Geninnung der Völker, worüber dann eine gewisse Presse ihr Unverständnis zeigt, indem sie barbarisch eskaliert. Es gilt also, diese Kränkheiten des Mißtrauens abzutun, und darum müssen wir zusammenkommen, müssen uns ausprechen, müssen uns kennen und verstehen lernen.

Deutsche Kollegen, seid auch gegen die Stimme des Hasses, gebent Euch gedankt gegen Klopffod und Goethe — dieser wunderbare Geist, der ungleiche deutsche Wesensart und höchste Menschlichkeit vereint — denkt an Schüler und Zechen, die sich demüht haben, alles zu begreifen und zu schätzen, was innerhalb der Völker menschlich groß ist. So sollen sich unsere Hände in aller Unfruchtbarkeit und in aller Freundschaft über die Grenzen einander entgegenstrecken. Leber die Gräber aller unserer Toten hinweg, unserer armen Toten, die wir gemeinsam beweinen, sollen unsere Hände sich finden im Zeichen der Brüderlichkeit und der Versöhnung.

Deutsche Kollegen! Frankreichs Lehrer grüßen Euch als Brüder! (Lebhafter Beifall.)

Wo iff, Vorhänger des Deutschen Lehrervereins: ... Wir deutschen Lehrer bekennen uns zum Gedanken der Volksverböhnung im tiefsten Sinne des Wortes. Für uns ist Volks- und Völkerverböhnung ein Dreifaches: eine Idee, ein Wollen, eine Organisation. An allen drei Stellen haben wir mitgearbeitet: mitgearbeitet an der Verwirklichung der Idee der Völkerverböhnung, an der Werbung des Willens zur Völkerverböhnung und an der Schaffung der Organe der Völkerverböhnung. — In diesem Sinne darf ich danken den Freunden aus England und Frankreich und Holland, darf danken auch dem Herrn Vertreter des Völkervereins. Wir wollen nicht Worte machen. Der Deutsche Lehrerverein wird mit Taten eintreten. Die neuen deutschen Lesebücher enthalten ein wunderschönes Gedicht, das jedes deutsche Kind lernen und sprechen sollte:

Frühlingsglaube.

Es wandelt eine schöne Tage
wie Weidenbust auf Erden um,
wie sehnd eine Liebeslage,
geht sie bei Tag und Nacht herum.

Das ist das Lied vom Völkerrfrieden
und von der Menschheit letztem Glück,
von gold'ner Zeit, die einst hienieden,
Der Traum als Wahrheit fecht surüd.

Wo eing alle Völker beten
zu einem König, Gott und Hirt,
vor jenem Tag, mo dem Propheten
irrtuchend Recht gesprochen wird.

Dann wird's nur eine Schmach noch geben,
nur eine Sünde in der Welt:
des eignen Keibes Widersprechen,
der das für Traum und Wahnsinn hält.

Wer diese Hoffnung gab verloren,
und bödsich sie verloren gab,
der wäre besser ungeboren,
denn lebend wohnt' er schon im Grab.

Wir stellen uns hinter dieses Wort Gottfried Kellers! —

Friß B a r t s ch, Leipzig-Gaußich: ... Wir freuen uns außerordentlich, daß sich Tausende von Lehrern bereit erklären, den Weg der Verböhnung, der Verböhnung mit anderen Völkern zu erstehen. Zugleich müssen wir aber auch erklären: die gesellschaftlichen Zustände von heute lassen in keinem Volke die Volksverböhnung zu, wie sie durch unser Thema als Erziehungsziel gefordert wird. Nicht, weil wir sie nicht wünschen, sondern weil sie in unserer Zeit soziologisch unmöglich ist. Unsere Zeit ist gekennzeichnet durch die Vorherrschaft der Maschine, durch die ungeborene Vertruftung des Finanz- und Anbutrieapitals, durch den letzten Nacht-kampf der Großindustrie gegen die Masse Mensch.

Meine Damen und Herren! Es gibt neben dem Volke auch noch die Klassen, die sich durch alle Völker hindurchziehen. Die Zugehörigkeit zu einer Klasse ist für den Einzelnen wichtiger, als die Zugehörigkeit zu einem Volke. (Zustimmung und Widerspruch.) Sie können das heute noch bezweifeln, die Tatsache selbst können Sie nicht aus der Welt schaffen. Oder glauben Sie nicht, daß der Gegensatz zwischen Ihnen als Volksschullehrer und einem deutschen Großindustriellen viel größer ist, als der Gegensatz zwischen Ihnen und dem Kollegen Dumais aus Paris? (Beifall.) Können wir nun in einer Zeit, in der sich mit aller Deutlichkeit der Kampf zwischen zwei Klassen abspielt, die Schule in den Dienst der Volksgemeinschaft stellen? Heißt das nicht, die Jugend, die aus den entrechteten Schichten in unsere Volksschule kommt, mit Hilfe der Erziehung in eine alte überlebte Gesellschaftsordnung einpassen? Wir dürfen uns mit der Erziehung nicht schöhnend vor eine gegenwärtige, unrichtig bereits überlebte Gesellschaft stellen. Keiner von Ihnen kann an den gesellschaftlichen Zuständen unserer Zeit vorüber-

geben. Wir haben daher auch die Pflicht, den Kindern diese Zustände verständlich zu machen. Wir müssen ihnen auch das große Anrecht unserer Gesellschaft wirkungsvoll vor Augen führen. (Sehr richtig!) Nur dann wird sich unsere Jugend für eine Höherentwicklung der menschlichen Gesellschaft einstellen. Wenn Wagner gesagt hat, der Lehrer soll mit dem Volke gehen, so müssen wir das Wort im Sinne unserer Zeit variieren, es unseren soziologischen Bedingungen anpassen und sagen: Der Lehrer muß mit dem arbeitenden Volke gehen und mit ihm kämpfen. Da gibt es keine Verhöhnung, sondern nur Kampf, Kampf bis zum endgültigen Ziele: bis zur völligen wirtschaftlichen und geistigen Freiheit, die wir doch alle für uns selbst so dringend wünschen. (Bravo! Händeklatschen.)

Lenz, Vertreter des Deutschen Beamtenbundes: ... Vor einiger Zeit wurde in einer Unterabteilung über die Möglichkeit eines künftigen Krieges zwischen Frankreich und Deutschland gesprochen. Als Hauptbeweis für die friedliche Gesinnung des französischen Volkes wurde aufgeführt, daß die überwältigende Mehrheit der französischen Lehrerschaft pazifistischen Ideen huldige und die Jugend in diesem Geiste erziehe. Darum bin ich mir klar über die Bedeutung, die das Thema gerade heute hier in dieser Versammlung hat ...

Heinrich Wed, Dresden: ... Ein Weltliches der Jugend besteht darin, daß eine Kraftentwicklung stattfindet, diese Kraft drängt zur Betätigung. Und nun kommen Leute, die dieses Drängen nach der Kräftebetätigung auf eine falsche Bahn leiten, ihr Trugbild umhängen mit dem Mantelchen des Patriotismus. Die Jugend — es ist natürlich — will in ihrem Drängen Selbsttätigkeit verrichten, und für sie ist die Selbsttätigkeit natürlich zu allererst die Betätigung körperlicher Kräfte. — Es ist nicht genug etwa, wenn wir uns lediglich gegen den Krieg wenden, sondern hier kommt die ganz außerordentlich schwierige Aufgabe, der Jugend andere Ideale als die des Krieges zu zeigen, andere Ideale, die ihrer Weiterentwicklung zum Ziel durchaus entgegenstehen sind, das Ideal geistiger Vervollkommnung, der Menschwerdung, das Ideal der Opfermildekeit für andere ...

Zum Schluß der Aussprache führt der Berichterstatter Raepffel aus:

... Nun noch ein Wort zur Welterverdünnung! Wir haben verhältnismäßig wenig gesprochen darüber, und es ist gemeint worden, wie seien stark ins Sentimentale geraten. Wir wissen, daß wir mit Sentimentalitäten nicht durchkommen. Vor einigen Wochen machte ich eine Erfahrung, die viele von Ihnen schon gemacht haben. Drei Bekannte setzten mir hart zu wegen meiner friedensfreundlichen Gesinnung und bewiesen mit den bekannten Gründen, daß das alles nichts sei, daß das Unnütz sei usw. Endlich fiel mir ein, was in diesem Falle immer entscheidend und empfehlenswert ist, die Frage zu stellen: Sagt mal, wer von Euch dreien ist eigentlich an der Front gewesen? — Und siehe da: nicht ein einziger. (Wah!) — Mit dem Geschlecht, das an der Front war, können wir heute reden, mögen die Leute politisch stehen, wo sie wollen, ob sie im Stahlhelm sind oder in der Axtfront. Aber meistens sind es ja solche, die bis jetzt keine Front, weder von hinten noch von vorne, gesehen haben. (Zuruf: Das stimmt nicht!) Dann weiß ich zu wenig. Aber wenn ich die Aufmärsche Sonntags an meinem Hause vorbeiziehen sehe, dann kann man doch ohne die Geburtschreine zu prüfen, feststellen, daß die nicht an der Front waren! (Bravo! Händeklatschen.) (Zuruf: Das ist aber kein Stahlhelm genau so!) Ich mache ja auch gar keinen Unterschied! Wir haben in letzter Zeit die ungeheuren Erfolge der beiden tagebuchartigen Kriegsaufzeichnungen von Remarque und Kern erlebt. Die Zahlen sprechen, und wir wissen, durch welche Hände die Bücher gehen. Sie werden meistens gelesen und achtungsvoll zur Seite gelegt von denen, die irgendwie durch persönliche Anschauungen das miterlebt haben. (Sehr richtig!) Die wissen Bescheid, und bei uns im Allernächsten sagt man: Die haben die Nase voll! — Ich habe aber nicht den Frieden gepredigt bezweigen, weil er sozusagen der Gegenpol des Krieges ist und seine Begleiterscheinung ist; habe nicht gesagt: entweder Krieg oder Frieden, sondern ich habe den Krieg grundsätzlich, übermäßig, als der Menschheit über-

haupt nie würdig gewesen, bekämpft und den Friedenszustand als den allein zuträfflichen und allein mäßigen verlangt ...

Nun wird mir entgegengehalten: Sieh Dich in der Welt um! Freilich tue ich das! Ich habe gerächt, was zu Recht ist, und ich glaube, außenpolitisch gesehen — Herr Stresemann würde sagen: Manches Wort war diplomatisch etwas gemogelt! (Heiterkeit.) Aber ich verkenne auch nicht, daß die Kriegsausrichtungen im Auftrage des Wehrgeobankens erfolgen. Das ist überall der bekannte Hintergedanke: man darf sich wehren. Das ist in Rußland genau so wie in den kapitalistischen Staaten. Die Russen haben zu ihrem „Schuß“, wie sie sagen, die größte stehende Armee. Gut, bestreitet ihnen niemand, wenn sie sagen: wir machen nicht den Anfang mit der Abrüstung, denn wir wissen nicht, was uns geschieht, wenn wir uns wehrtlos machen. Auf diese Spielart der einzelnen Staaten bin ich nicht eingegangen, sondern ich habe gesagt: wir Lehrer, die wir im demokratischen Staate das Recht haben, auf der Grundlage unserer Berufsverantwortung und unserer fortwährenden beamtenpersönlichen Verantwortung zu lehren, was unsere Leberzeugung ist, wir haben das Recht, dieses Kriegsgeobankens zu bekämpfen bis aufs Äußerste; und dieses Erlebnis heute abzuholen, das war ein Stück persönlicher Pflicht. — Gestatten Sie mir, Ihnen noch zu sagen: Mein Vater, der schon 1870 auf die Deutschen, ich, sein Sohn, schon 1914 auf die Franzosen — mein Sohn, der soll auf niemanden mehr schießen! (Bravo! Händeklatschen. Lebhafter Beifall.) — Und darum bin ich vielleicht auch bezweigen 1918 nach Deutschland gegangen, weil ich mir sagte: von diesem hartgeprüften und schicksalsgeschmeckten Kinde aus kann vielleicht im Zeitalter, wo das alte Wehrsystem und Kriegssystem weiterleitet, der Weg ins Freie gezeigt werden. — Daß diese Mission die deutsche Mission sein werde — dazu sei die deutsche Lehrerschaft mit aufgerufen! (Bravo! Händeklatschen. Lebhafter Beifall.)

Jahresversammlung des Französischen Lehrervereins.
Syndicat National des institutrices et des instituteurs de France.

Paris, August 1929.

Aussprache von G. J. A. F. Prag: Er bringt die Grüße von 26 000 tschechischen Mitgliedern und fährt dann fort:

Ich spreche es aus, wie sehr wir den Schwung und die Tatkraft bewundern, die Sie in Frankreich an den Tag legen, um das Recht und die Interessen der modernen Jugend und des Lehrers zu wahren. Wir bewundern Ihr E. N. und wünschen, daß wir auf der Grad der Entwicklung kommen möchten, den Sie erreicht haben.

Ich darf versichern, daß wir ganz mit den Zielen und Forderungen der J. V. d. F. übereinstimmen, besonders auch mit den Anschauungen Ihres Spndikats über die weltliche Schule, so wie sie Kamerad Dumas auf dem Kongreß in Bellinzona vorgeschlagen hat.

Zum Schluß wünsche ich Ihnen den besten Erfolg für die Erfüllung Ihrer Wünsche, die auch die unseren sind. (Langer und herzlicher Beifall.)

Aussprache von G. J. A. F. London:

Ich überbringe dem Kongreß den Gruß der National Union of Teachers. Zwischen unseren beiden Verbänden bestehen die engsten Beziehungen.

Auf unserem letzten Kongreß in London wurde Kamerad Beiliff als Ihr Vertreter in unserer Mitte; ich bedauere lebhaft, daß Krankheit ihn heute fern von uns hält. (Beifall.)

Beiliff hat zu uns in London englisch sprechen können; ich beneide ihn um dieses Vorzugs, da es mir nicht vergönnt ist, zu Ihnen französisch sprechen zu können.

Ich komme von Genf, wo ich die Freude hatte, Kamerad Whiffen und Kamerad Dumas zu treffen, die zusammen mit mir vom Kongreß zu Bellinzona beauftragt waren, mit den Vertretern des Weltverbandes der Erziehervereine zu beraten, auf welche Weise unsere Lehrervereine sich verbinden oder zusammenarbeiten könnten, um jede Art von Wettlauf in der Weltbewegung fernzuhalten. (Beifall.)

Mein Gruß gilt auch den anwesenden Vertretern der befreundeten Vereine, Raepffel und Müller vom Deutschen

Lehrerverein, Laibung von der österreichischen Gewerkschaft, wie auch den beiden „Zaunmännern“ des Syndicat National, Clay und Nouffel.

Ihre Verhandlungen über die Gehaltsfrage haben meine Aufmerksamkeit lebhaft in Anspruch genommen. Diese Frage beschäftigt uns auch in England, und es wird ähnlich überall so sein.

Wir Engländer haben es so gemacht: Wir sind unmittelbar mit unseren britischen Behörden in Unterhandlungen getreten; es sind dabei in jedem Schritt Ausrufe der Behörden und der Lehrerschaft zusammengeklungen worden. Diese Ausschüsse haben das getan, was man sonst „direkte Aktion“ nennt; sie haben gemeinsam die Gehaltsstufen verglichen und neue Staffeln ausgearbeitet. Schließlich hat ein gemeinsamer großer Ausschuss unter Leitung eines Unparteiischen 4 Gehaltsstufen für ganz England aufgestellt, und es wurde auf dieser Grundlage ein Vertrag für 3 Jahre abgeschlossen, der später für 6 Jahre verlängert wurde, gültig für die Lehrerschaft und die Gesamtvertretung der Schulverwaltungen. Dieser Vertrag ist dem Parlament zur Genehmigung vorgelegt worden.

Diese Art der Verhandlung hat durchaus günstige Ergebnisse gezeigt; unsere Gehälter sind um 150 v. H. gestiegen gegenüber einer Lohnerhöhung von 75 v. H.

Ich habe beobachtet, daß bei Ihren Verhandlungen Raum für kritische Betrachtungen ist. So ist es auch bei uns in England. Der Vorstand muß es sich nun einmal gefallen lassen, kritisiert zu werden; sicherlich gibt es überall Mitglieder, die sich unglücklich fühlten, wenn ihre Meinung mit der Mehrheit übereinstimmte. (Heiterer Beifall.)

In großen Organisationen ist Raum für jeden, rechts und links und ganz links. Sie sollen alle bei Entscheidungen mitwirken; ist aber einmal durch Mehrheitsbeschluß eine Entscheidung gefallen, dann soll die Minderheit ihre eigene Organisation nicht von außen her bekämpfen, denn das schädigt nur die Autorität des eigenen Standes. (Beifall.)

Zur Frage der Vorkonferenz braucht man in diesem Kreise nicht viel zu sagen, hier, wo wir die Vertreter der anderen Nationen, insbesondere unsere deutschen Kollegen, bei uns haben. Wir glauben daran, daß das Werk des Friedens auf gutem Wege ist. (Lebhafter Beifall.)

Ansprache von S a h n i g a, Wien, Vertreter der Freien Lehrergewerkschaft Oesterreichs:

Mit größter Freude habe ich den Auftrag übernommen, das E. N. zu begrüßen im Namen des Internationalen Berufssekretariats der Lehrer und der österreichischen Freien Lehrergewerkschaft.

Ich komme von Brüssel, wo ich gesehen habe, daß der internationale Lehrerturmus gute Früchte trägt. Hier haben wir ein vortreffliches Mittel zur Annäherung der Lehrer aus verschiedenen Nationen. Wir haben mit besonderem Genuß die schönen Worte von Lapierre über Völkerverständigung gehört.

Auch wir in Oesterreich sind des Glaubens, daß vor allem die Lehrer zur Arbeit an diesem Werk berufen sind. Es ist zu hoffen, daß nach einem Zeitraum von 10 Jahren das junge Geschlecht empfänglich sein wird für den großen Gedanken des Weltfriedens.

Ich füge hinzu, daß unsere österreichische Gewerkschaft eine Zusammenarbeit mit der Beamenschaft und insbesondere mit den Arbeitermassen pflegt. Mit der großen Masse der Arbeiter sind wir in der Zentrale verbunden. Wir wollen gemeinsam die freie Schule im freien Staate erheben. Es sei dies auch das Ziel der internationalen Lehrervereinigung. (Starker Beifall.)

Ansprache von R a e p p e l, Berlin, vom Deutschen Lehrerverein:

Herr Präsident!
Französische Kameraden!

Erlauben Sie mir, mich als letzten dieser internationalen Galerie vorzustellen (Heiterkeit). Das soll nicht besagen, daß mir die größte Aufmerksamkeit von Ihnen haben.

Ihr E. N. hat die Liebeshörlichkeit gehabt, uns zur Teilnahme an Ihrer Jahresversammlung einzuladen. Müller, unser Schatzmeister, und ich, Geschäftsführer des

Vereins, teilen uns in die Ehre, den Deutschen Lehrerverein bei Ihnen zu vertreten. Wir überbringen Ihnen freundschaftliche Wünsche und brüderliche Grüße von mehr als 150 000 deutschen Lehrerinnen und Lehrern. (Beifall.) Ich will nicht verjähren, die Grüße unseres Vorstehenden Wolff hinzuzufügen, der seit mehreren Jahren in bester Verbindung mit den leitenden Persönlichkeiten Ihres Syndikats steht.

Nicht ohne tiefe Bewegung stehe ich vor französischen Antisozialisten als Vertreter der deutschen Lehrer. Zum erstenmal seit langen Jahren bezeugen sich die Lehrer beider Länder auf französischem Boden (Beifall), und sie wollen öffentlich ihre Bereitschaft zur Brüderlichkeit und Einigkeit bekennen. (Lebhafter Beifall.)

Es ist jetzt 4 Jahre her, seitdem ich die französischen und die deutschen Lehrer nach den grauenhaften Jahren der Zwietracht die Hand gereicht haben. Nunmehr wollen sie gemeinsam für den Frieden und die Verbesserung Europas und der ganzen Welt arbeiten. (Starker Beifall.)

Sie vom E. N. können stolz darauf sein, daß Ihr Verein es gewesen ist, der das erste Wort gefunden hat, den Trennungszustand ein Ende zu machen und eine neue Grundlage für eine Lehrernationalität zu schaffen. Jetzt ist diese von uns beiden gegründete Organisation da, sie umfaßt schon die Lehrervereine der meisten europäischen Länder. (Beifall.)

Wir betrachten diese Organisation als eine der Grundlagen, auf der sich eine bessere Zukunft, eine edlere Menschheit aufbauen wird. Nach meiner Ueberzeugung ist eine Verbündung der Völker ohne eine vollkommene Verbündung zwischen der Lehrerschaft Frankreichs und Deutschlands unmöglich. (Lebhafter Zustimmung.)

Wir haben den Anfang dazu. Ich will Ihnen in aller Aufrichtigkeit sagen, was unser Verein hierüber denkt und welche Weisungen er seinen Mitgliedern gibt.

Wir haben auf unserer Pfingsterversammlung in Dresden in Gegenwart Ihres Kameraden Lomas ausgesprochen, daß wir eine Welt wollen, in der Frieden und Gerechtigkeit herrschen. (Beifall.) Wir entfernen entschlossen die Worte Kaderkrieg, Gewalt, militärische Bewaffnung aus dem Wörterbuch der Erzieher. (Langer, stürmischer Beifall.)

Wir betrachten den Frieden als den einzigen würdigen Zustand der Menschheit. Wir wollen, daß jede Streitfrage zwischen Völkern einem Schiedsgericht unterbreitet werde. Unter keinem Vorwand darf der Frieden durch den Krieg unterbrochen werden. Wir haben uns öffentlich verpflichtet in Dresden, die Jugend in diesem Geiste zu erziehen. (Langanhaltender Beifall.)

Wir sind tieflich eingedenk, daß die französischen Lehrer schon lange Zeit Anhänger des Friedensgeistes sind. Wir haben volles Vertrauen zu Ihnen, ich bitte Sie, Vertrauen zu uns zu haben. (Wiederholter Beifall.)

Aber haben wir uns nicht auch gegenseitig nötig in zahlreichen anderen Dingen, für den Schulfortschritt und die Hebung unserer Gesamtfrage, in Zusammenarbeit mit den Organisationen der Beamten und auch, wenn die Entwidlung es erdgnstigt, mit der Arbeiterchaft? (Lebhafter Beifall.) Fortschritt und Rückschritt haben internationalen Zusammenhang; wenn es in Frankreich regnet, haben wir in Deutschland wahrlich keinen Sonnenschein. Was in einem Lande geschieht in bezug auf Lehrerbildung, Lehrergehalt, Schulgesetzgebung, hat eine spätere Rückwirkung anderwärts. Deswegen müssen wir uns gegenseitig helfen; jeder soll dafür Sorge tragen, daß in seinem Lande die Schule vorwärts kommt. Wir betrachten Sie recht oft als Vorbild, und Sie können auch bei uns manches erfahren, was Ihnen dienlich sein kann.

Unsere Einigkeit soll nicht für eine Zeitlang sein, sie soll dauerhaften Bestand haben. So gehen wir unseren Ländern das Beispiel einer festen Freundschaft.

Indem ich Sie bitte, allen Ihren Kollegen in Frankreich den Gruß der deutschen Lehrer weiterzugeben, schließe ich mit dem Wort: Es lebe die internationale Eintracht und die französisch-deutsche Freundschaft!

(Die Versammlung hat sich während der Rede erhoben und dankt mit nicht endenwollendem Beifall.)

Vortrag von Lapiere, Paris, über Völkerverföhnung. Kameraden!

Nur mit tiefer Bewegung kann ich, nachdem wir soeben die Reden von den Vertretern aus vier Ländern gehört haben, über die Etablierung der französischen Lehrer zur Aufgabe der Völkerverföhnung sprechen.

In unserem Kameraden Lehmann grüßen wir Wien, das „rote“ Wien, diese Stadt, die uns im vorigen Jahre bei unserem Besuch einen so herzlichen Empfang bereitet hat, dieses Wien, das heute in der Vorhut sozialer und schulförderlicher Arbeit steht.

Dem Sekretariat der Lehrer in Amsterdam bezugend wir unsere unverbrüchliche Unabhängigkeit und unsere Ergebnisse an die organisierte Arbeiterschaft.

In unserem Kameraden Goldstone erwideln wir die stolze englische Lehrerschaft, die uns in nachahmenswerter Weise zeigt, was eine starke Organisation zu leisten vermag. Mit unserem Kameraden Kaepfel eint uns die große Auffassung, daß die Völkerverföhnung die Verbundenheit der deutschen und französischen Erzieher zur Voraussetzung hat.

In unserem Kameraden Wlasak grüßen wir einen neuen Staat, einen Staat, dessen Wiedererhebung uns alle als ein ehrenhaftes Beispiel von der Wert der geistigen Kraft erscheint, dieser Kräfte, denen wir entscheidenden Wert bei der Durchführung unserer Bemühungen zuerkennen.

In diesem Augenblicke, in dem die Vertreter der Regierungen im Haag beisammen sind, um mühsam die materiellen Fragen des Krieges zu lösen, sind wir hier vereinigt, um die mindestens ebenso wichtige moralische Vereinigung zu vollziehen.

Wir verstehen heute, daß wir vor dem Kriege hauptsächlich unsere Blicke auf die wirtschaftliche Seite der sozialen Entwicklung gerichtet hielten; wir glaubten in der wachsenden Besenerschaft im arbeitenden Volk gegen die verschiedenen Welt herrschaftsansprüche eine Bürgschaft für den Frieden zu haben, und wir waren aus tiefster Erschütterung, als wir in den Tagen des Kriegsausbruchs sehen mußten, daß es nur eines Presseseldzuges bedurfte, um bei allen Völkern bis in die Arbeiterklasse hinein den chauvinistischen Nationalismus anzufachen.

Es war wie eine Verblendung über alle gekommen, und angefaßt dieser Entsehung der Kriegsinstitute, deren erstes Opfer unser ungerächter Jaurès wurde, werden seine prophetischen Worte in mir wach, daß die wachsende Kraft des Proletariats allein nicht genüge, um die Drobungen des Krieges zu zunichte zu machen, und daß hierzu ein unablässiges Bemühen der Erziehung geböre. Er regte uns an, dieses Werk auf drei Arten zu betreiben: durch eine demokratische Erziehung, den Fortschritt der Wissenschaft und die immer innigere Organisation der Arbeiterschaft.

Die Erziehung des arbeitenden Volkes, das ist die größte Aufgabe, der wir französischen Lehrer uns widmen, und um dieser Aufgabe willen betonen wir unsere nahe Verbindung mit der organisierten Arbeiterschaft. Diese Erziehung der Massen ist eine Verlagerung unseres Werkes in der Schule, und wir können uns an ihr nur beteiligen, indem wir uns an die Erziehenden wenden. Hier ist die ergänzende Aufgabe der Schule, die wir lösen müssen in Zusammenarbeit mit den Arbeitgebervereinigungen.

Außer dieser massenmäßigen Seite der Erziehung gibt es die Erziehung schließlich, die sich an die öffentliche Mei-

nung und die sich an die Kinder richtet. Wir wissen uns der Rechte der freien Staatsbürger zu bedienen und geben an die Erörterung aller Fragen heran, die das öffentliche Wohl angehen.

Und wenn man uns an dem internationalen Gelände die Fragestellung in den drei Schlagworten: Schiedsgericht, Sicherheit, Abrüstung bringt, haben wir wohl das Recht, die Reihenfolge umzustellen und zu sagen, daß es nicht nötig sei, das allgemeinverbindliche Schiedsgericht abzumachen, damit die Sicherheit gegeben sei und die Abrüstung eintreten könne. Wir sind der Ansicht, daß im heutigen Europa angesichts eines entwaflneten Deutschlands ein bewaffnetes Frankreich nicht gerechtfertigt werden kann. Wir meinen auch, daß bei einem neuen Krieg ein von zementierten Festungen und Stahledrath umgebenes Land nicht gefahrloser ist vor Ueberfall als abwesender Flugzeugschwader als ein entwaflnetes Land. Der leibhaftig in Frankfurt abgehaltene Kongreß über die chemische Vorbereitung des Krieges hat uns bewiesen, daß die einzige Möglichkeit heißt, ungenügend an die Frage der allgemeinen Abrüstung heranzugehen.

Und sobald die beiden Begriffe Sicherheit und Sicherheit nicht mehr beieinander sein werden durch die Schiedsgerichtsbarkeit, bleibt uns wahrlich nichts mehr zu tun als die Völker zu veranlassen, gegenseitige bindende Schiedsgerichtsverträge abzuschließen. Auch dies ist schließlich in erster Linie eine Frage der Erziehung. Wir Franzosen sind bei unserem Unterrichtsbetrieb gewohnt, vor allem die Kräfte des Verstandes zu entwickeln. Andere Völker haben den Schwerpunkt an anderer Stelle. Wer die Freude gehabt hat, den Rinderdor von Zafule zu hören, wird bewundert haben, wie verschieden diese Kinder von den unseren sind und wie bei ihnen das Gefühl vorherrschend ist.

Nun muß man bei der Arbeit für die Friedensgewinnung sich tatsächlich in erster Linie an das Gefühl wenden. Diesem gefühlsmäßigen Teil fügen wir die Einsicht zu und die Kenntnis der anderen Völker. Darum haben wir in den beiden wichtigsten Entschlüssen von Zellino die Bedeutung des Austausches von Lehrern und Kindern betont, damit wir uns kennen und schätzen lernen; hinzu kommt eine Achtung des Geschichts- und Geographieunterrichts im Sinne internationalen Verständens, damit die Kinder später die vielfachen Verbindungen der Völker würdigen und hieraus eine ungerhörbare Bindkraft zu schaffen vermögen.

Wir werden vom Oktober ab ein gemeinsames Blatt haben und wir werden darin fortlaufend unsere französischen Lehrer über die pädagogischen und schulpolitischen Vorgänge im Ausland unterrichten. In unserer Schule aber werden wir immer mehr das Verständnis der Kinder für die Bedeutung der internationalen Gerechtigkeit wecken.

Man könnte uns vielleicht den Vorwurf machen, wir seien zu zukunftsgläubig, wenn wir den Lauf der Geschichte als eine gradlinige Entwicklung sehen, daß wir die Nachwirkungen der Vergangenheit unterschätzen, daß man schon verschiedene Male an den ewigen Frieden geglaubt hat und daß dann darauf ein Krieg kam und die Völker aus ihren Hoffnungen zurückwarf. Nicht nur nach 10 Jahren seit dem Krieg mögen solche Gedanken kommen, aber eben weil wir die tragischste Zeit der Geschichte erlebt haben und weil wir keine Wiederholung ähnlicher Schrecken wollen, haben wir die unabwiesbare Verpflichtung, uns als Erzieher der großen Aufgabe der Völkerverföhnung zu widmen.

Internationale Vereinigung der Lehrerverbände.

Fédération internationale des Associations d'Instituteurs.

Generalsekretariat: Paris 1er. 2, rue de Montpensier, Palais Royal.

Generalsekretär: Louis Dumas.

Zweiter Sekretär: Georges Papierre.

Der Geschäftsführende Ausschuss besteht aus 7 Mitgliedern: England, Frankreich und Deutschland haben einen ständigen Sitz; die 4 übrigen Sitze wechseln in den Gruppen Nord, Ost, Mitte, Süden.

Für 1929-30 setzt sich der G. A. folgendermaßen zusammen:

Chantrens, Société pédagogique de la Suisse romande (Schweiz).

De Bries, Nederlandsch Onderwijzers Genootschap (Holland).

Godstone, National Union of Teachers (England).

Rula, Latvijas Skolotāju Savienība (Lettland).

Papiere, Syndicat national des instituteurs (Frankreich).

Soni, A. G. a Invatatorilor din Romania (Rumänien).

Wolff, Deutscher Lehrerverein.

Dumas, Generalsekretär.

Ein Mitteilungsblatt „Bulletin trimestriel“ erscheint vierteljährlich in französischer Sprache; ab 1. Januar 1930 ist eine deutsche Ausgabe ins Leben getreten.

Die Vereinigung umfasst zur Zeit 19 Verbände aus 15 europäischen Ländern.

Liste der angeschlossener Verbände.

Bulgarien:

Bulgarski outchitelski savn.

Adresse: Sofia, Boulvard Charles Botoff 186.

Präsident: D. Negenhoff.

Dänemark:

Danmarksloererforening.

Adresse: Holstob, Strandløse Skole.

Präsident: Herr Forstloerer Jensen.

Deutschland (einschließlich Dänzig und Oesterreich):

Deutscher Lehrerverein.

Adresse: Berlin W 35, Potsdamer Str. 113.

Präsident: G. Wolff.

England:

National Union of Teachers.

Adresse: London W. C. 2, Hamilton House, Marbleton Place.

Generalsekretär: M. Goldstone.

Schottischer Lehrerverein.

Estland:

Eesti Opetajate liit.

Adresse: Tallinn Neval, Katus Kaevu tän.

Frankreich:

Syndicat National des Instituteurs et Instituteuses.

Adresse: Paris 10, 211, rue Lafayette.

Generalsekretär: M. Roussel.

Holland:

a) Bond van nederlandse onderwijzers.

Adresse: Heerenracht 56, Amsterd.

Generalsekretär: Herren Posthumus und Thijssen.

b) Nederlandsch onderwijzers genootschap.

Adresse: Amsterd., Vondelstraat 16.

Präsident: Hermann J. Von, Amsterd., Orenzstraat 43.

Jugoslawien:

Udruzenje yugoslovenskog uciteljsstva.

Adresse: Belgrad, Chouambiska 10.

Präsident: Herr Nlada S. Petrovic.

Lettland:

Latvijas skolotaju savieniba.

Adresse: Riga, Dzirnavu sela 12/14.

Präsident: Herr Rula.

Litauen:

Lietuvos mokytoju profesine sajunga.

Adresse: Kaunas, Laisves Meja 62.

Präsident: Herr Ruggas.

Luxemburg:

Luxemburgischer Lehrerverein.

Präsident: Herr Schwachgen.

Oesterreich:

Section Lehrerschaft im Verband der Angestellten der Stadt Wien.

Adr.: Wien, VIII., Josefsgasse 12, 4. Etage, 1. Stod 18.

Polen:

Zwiazek polskiego nauczycielstwa szkolno-wszechnego.

Adresse: Warszawa, ulica Marszalkowska 123.

Präsident: Herr Senator Nowak.

Rumänien:

Asociatia generala a invatatorilor din Romania.

Adresse: Bukarest.

Präsident: Herr M. V. Paunescu.

Schweden:

a) Sveriges folkskollararforbund.

Adresse: Stockholm, Drottninggatan 13.

Generalsekretär: Herr Bjerte, Götetorg, Langgatan 17.

b) Sveriges allmänna folkskolläraforening.

Adresse: Stockholm, Lindegatan 45.

Präsident: Herr Carl Ribmann.

Schweiz:

a) Société pédagogique de la suisse romande.

Adresse: Porrentruy, Schweiz.

Präsident: Herr Marjard.

b) Schweizerischer Lehrerverein.

Adresse: Zürich 6, Alte Badenpoststr. 31.

Präsident: Herr Kupper.

Tschechoslowakei:

a) Svaz ucitelstva ceskoslovenskeho.

Adresse: Prag 6, Bratislavova ul. 8.

Präsident: Herr Miroslav Hrejka.

b) Deutscher Lehrerbund im Tschechoslowakischen Staat.

Adresse: Reichenberg, Schüßengasse 7.

Präsident: Herr Robn.

Ungarn:

Magyarorszagi Tanitvegyesuletak Orszagos Szovetsege.

Adresse: Budapest, III., Magyar-ul. 38.

Präsident: Agl. Kat Katos.

Übersicht über den Mitgliederbestand:

Bulgarien	12 000	Oesterreich (Section Lehrerschaft der Angest. der Stadt Wien)	5 200
Dänemark	12 000	Polen	38 500
Deutschland (mit Dänzig u. Oesterreichischer Lehrerbund)	150 000	Rumänien	10 000
England	128 000	Schweden:	
Schottland	20 000	a) Fokstollärer forbund	5 000
Estland	3 800	b) Fokstollärer forning	17 400
Frankreich	80 000	Schweiz:	
Holland:		a) deutsch	10 000
a) Bund	7 000	b) romanisch	3 000
b) Genootschap	5 200	Tschechoslowakei:	
Jugoslawien	12 000	a) deutsch	13 500
Lettland	3 000	b) tschechisch	26 000
Litauen	1 000	Ungarn	9 000
Luxemburg	500	Niederl.-Indien	574 100
Niederl.-Indien	2 000		

